Bozialdemokratischer Pressedienst

Berausgeber und Chefrebatteur: Erid Alfringhaus, Berlin. Jerufpreder: Aut Donhoff 4196/4198



Anfdeift für Berlag und Schriftleitung: Berlin OB 61, Belle-Alliance-Plat 8 Draftanfdrift: Sopadienf

Die Serstellung erfolgt im Geliftverlag.
Stebrud ift nur auf Erund befauberer Bereinbierung gestallet. Musteng beiberfells 4 Bode

Berlin, ben 7. Darg 1930

int, Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Schachts Rücktritt.

SPD. Der plötzliche und freiwillige Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Schacht erfolgt auch für die politische Oeffentlichkeit völlig überraschend. Selbst sonst in die Geheimnisse der Regierungsstuben Eingeweihte wussten nichts von einem bevorstehenden Rücktritt. Schacht hatte sich in den letzten vochen; hach seiner grossen Niederlage bei den Verhandlungen im Haag sehr zurückgehalten, sodass vielfach angenommen wurde, er würde sich auch künftig der Eingriffe in die Politik enthalten. Das ist jedoch nicht der Fall gewesen. Er hat noch bis in die letzten Tage versucht, die Entscheidung über die Younggesetze zu beinflussen. Da Herr Schacht einsehen musste, dass die massgebenden Kreise keine Neigung zeigen, seinen politischen Ratschlägen zu folgen, hat er die Konsequenzen gezogen und ist zurückgetreten:

Einen Verlust bedeutet dieser Entschluss von Schacht nicht. Das dürfte insbesondere die Auffassung der Sozialdemokratie sein. Wir hätten zwar gewünscht, dass sein Rücktritt schon in jenem Augenblick erfolgt wäre, wo er durch sein Pariser Memorandum, durch sein Auftreten im Haag die deutsche Aussenpolitik schwer geschädigt hat. Wir sind auch nach wie vor der Meinung, dass trotz des Fehlens der formellen Voraussetzungen die tatsächliche Macht der Reichsregierung ausgereicht haben würde, um eine solche Entscheidung herbeizuführen. Sie hätte sicherlich zu einem glatteren Verlauf der zweiten Haager Konferenz beigetragen und auch die Dezemberkrise der deutschen Finanzpolitik vermieden, die ebenfälls nur durch sein Eingreifen und durch das Zerschlagen der Auslandsanlei-

he gefahrvoll geworden war.

Jn der inneren Politik Deutschlands hat sich die Tätigkeit Schachts letzten Endes ebenso ungünstig ausgewirkt, Wir wollen durchaus nicht verkennen, dass er, der als Kandidat der Republikaner gegen Helfferich, den Mann der Reaktion, zum Reichsbankpräsidenten durchgesetzt worden ist, in der ersten Zeit seiner Amtstätigkeit manches Verdienstvölle getan hat. Er hat mitgewirkt an dem Wiederaufbau der deutschen Währung. Aber schon in dieser ersten Zeit, in der er bald eine Wandlung seiner politischen Anschauungen vollzog und sich der Reaktion ungemein näherte, hat er durch seine Engstirnigkeit, seine Rechthaberei, seine Eigenbrödelei, wirtschaftlich grosse Gefahren heraufbeschworen. Und je mehr er sich in seine Gegnerschaft gegen die wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand verbiss und je mehr er durch die Ausnutzung der dem Reichsbankpräsidenten zustehenden gewaltigen Geldmacht sich von politischen Erwägungen leiten liess, statt von ökonomischen, umso grösser wurde der von ihm angerichtete Schaden. Die grossen Finanzschwierigkeiten der Kommunen, hervorgerufen durch die Absperrung vom Auslandskapitalmarkt sind durch seine Politik mindestens erheblich vergrössert worden.

Die Gegnerschaft der Sozialdemokratie zu Herrn Schacht ist oft dahin ausgelegt worden, dass sie die Abhängigkeit der Reichsbank von der Reichsregierung erstrebe und dadurch die Währung gefährde. Das ist absolut unzutreffend. Hätte Schacht sich bei allen seinen Handlungen nur von der Sorge um die Aufrechterhaltung der deutschen Währung leiten lassen, so wäre er von niemand stärker unter stützt worden als von der Sozialdemokratie. Unter dem Währungszusammenbruch haben die Ärmsten am meisten gelitten. Diese bittere Lehre ist nicht vergessen. Sie zwingt deshalb die Sozialdemokratie immer auß neue, Währungsschutz und Finanzgesundung als die obersten Gesichtspunkte ihrer Politik zu betrachten. Der Wechsel in der Leitung der Reichsbank wird daher keine Änderung der Politik der Reichsbank hervorrufen, soweit sie sich auf die dauernde Sicherstellung der deutschen Währung bezieht.

SPD. Weimar, 7.März (Eig.Drahtb)

In einer nationalsozialistischen Versammlung erklärte der frühere kaiserliche: General Litzmann, ein Herr von 81 Jahren, dass er den Deutschnationalen inzwischen davongelaufen und Mitglied der Hitlerpartei geworden sei. Er habe erkannt, dass der Bismarck'sche Geist seine Wiederauferstehung in dem Geiste der Nätionalsozialisten feiere.

Demgegenüber möchten wir verzeichnen, was der deutschnationale Abgeordnete des Preussischen Landtags von Rohr auf einer in Breslau stattgefundenen Tagung deutschnationaler Arbeitgeber, der übrigens auch der ehemalige Gönig von Sachsen beiwohnte, erklärte:

"Nur Hugenberg hat das Format eines ersten Dieners des Staats im altpreussischen Sinne, nicht Hitler, der seinen konfusen Unterführern zu

sehr nachgibt."

Wer hat nun Recht? Litzmann oder von Rohr? Uns scheint sie befinden sich beide auf dem Holzweg.

SPD. Die deutschnationale Fraktion hat im Reichstag einen Amnestieantrag für sämtliche bereits abgeurteilte oder noch abzuurteilende Femestraftaten bezw politische Vergehen oder Verbrechen, soweit sie vor dem 1.Januar 1928 begangen wurden, eingebracht. Der Antrag entspricht den Intensionen des sogenannten Reichsamnestieausschusses, in dem hauptsächlich Persönlichkeiten der Rechten vertreten sind.

Die Sozialdemokratie wird den Antrag der deutschnationalen Reichstagsfraktion ablehnen.

Als die Christliche Eisenbahnerbank schon längst zusammengebrochen war, hat die Verwaltung durch rosig gefärbte Berichte bei den Geschädigten immer noch die Hoffnung genährt, dass es aufgrund der vorhandenen Aktiva möglich sein werde, die geschädigten Einleger wenigstens mit einer 30 prozentigen Vergleichsquote abzufinden. Auf dieser Basis wurden unter Vermittlung des bayerischen Ministerpräsidenten Held Verhandlungen mit der Deutschen und Diskontobank zwecks Garantie-Übernahme für eine solche Vergleichsquote aufgenommen. Diese Verhandlungen naben sich nun zerschlagen. Die Bank hat nach eingehender Prüfung der Masse die Sicherheitsleistung für eine Vergleichsquote von 30 Prozent abgelehnt mit der Begründung, dass alle Voraussetzungen für die Eröffnung des Vergleichsverfahrens fehlen. Damit ist der Konkurs unvermeidlich und die Totalschädigung der 3000 kleinen Eisenbahnangestellten, die im Christlichen bayerischen Eisenbahnerverband organisiert sind, nicht mehr abzuwenden.

SPD. Wilhelmshaven, 7.März (Eig.Drahtb.)
In der Stadt Rüstringen haben die Freidenker ein Plakat aushängen lassen,
das die Schlagzeile "Der liebe Gott - ein Heuchler?" trägt. Als der FreidenkerVerband einer Drohung des zuständigen Kreiskirchenrats, das Plakat zu entfernen
nicht nachkam, erstattete dieser Anzeige bei der Oberstaatsanwaltschaft in Toldenburg. Darauf ist am Freitag vom Amtsgericht Rüstringen eine einstweilige
Verfügung erlassen worden, die das Aushängen des Werbeplaktes solange verbietet, bis durch die Staatsanwaltschaft festgestellt ist, ob der Inhalt des Plakats gegen den Gotteslästerungs-Paragraphen verstösst.

Das Plakat ist in Leipzig gedruckt worden und trägt die Unterschrift des Freidenker-Verbandes, des Monisten-Bundes und des Volksbundes für Geistes-

freiheit.

SPD. Das im Auftrage Trotzkis herausgegebene "Internationale Bulletin" erhebt folgende Anklagen gegen Urbahns, den Führer des Leninbundes:

"Während einiger Monate des vergangenen Jahres, als in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern eine Hilfe für russische Oppositionelle organisiert wurde, war das eingezahlte Geld in den Händen Urbahns konzentriert. Die russische Opposition hat von dieser Summe nichts erhalten. Es ist keinerlei öffentliche Rechnung über den Gebrauch dieser Summe gegeben worden. Seitens der Vertreter der russischen Opposition ist Urbahns öfter das Verbrecherische seiner Handlungsweise in einer so ernsten Frage dringend nahegelegt worden. Er hat auf ihr Fragen und Drängen bis jetzt noch nicht geantwortet. Es handelt sich jedoch nicht nur um die Tatsache, dass die Bestimmung der in Urbahns' Händen konzentrierten Summen Allen unbekannt ist. Die Sache ist viel schlimmer. Nach diesem schreienden Vertrauensmissbrauch, den Urbahns den Arbeitern gegenüber vollzog, ist es der internationalen Opposition nunmehr unmöglich, irgend etwas zur Unterstützung der gefangenen und verschickten Genossen zu unternehmen."

Auf diese Beschuldigung erwidert der angegriffene Urbahns, dass mit den eingegangenen Geldern einmal die politische Kampagne gegen Stalins Terror- und Verbahnungsmethoden, sodann die Erhaltung des linkskommunistischen "Volkswille" durchgeführt sei. Mit dieser Verwendung seien die inzwischen ausgeschlossenen Trotzkianhänger Grylewicz und Joko einverstanden gewesen.

SPD. Bogota (Columbien), Ende Febr. (Eig. E Die kolumbianischen Präsidentschaftswahlen für die Amtsperiode 1930 bis 1934 haben mit dem Siege des von einer liberalen Parteikoalition aufgestellten Kandidaten Enrique Olaya Herrera, des kolumbianischen Botschafters in Washington, ihren erwarteten Ausgang gefunden. Der Wahltag und die vorausgegangene Wahlkampagne verliefen recht ruhig, wobei zum grossen Teile die Tatsache mitsprechen mag, dass zum ersten Male in der Geschichte Kolumbiens die Frauen whälten, die sich in überwältigender Mehrheit für Herrera einsetzten und im ganzen Lande eine lebhafte Wahlpropaganda für ihn betrieben.

Soweit käme den Präsidentschaftswahlen Kolumbiens im Auslande eine nur untergeordnete Bedeutung zu, wenn sich nicht einige Dinge ereignet hätten, die den Wahlsieg Herreras zu einer Frage internationalen Ausmasses machen. Im Gegensatze zur bisherigen politischen Praxis des Landos befanden sich diesmal statt des üblichen offiziellen Regierungskandidaten vier Kandidaten im Felde, die alle politischen Geschmacksrichtungen von den Konservativen bis zu den Sozialrevolutionären zum Ausdruck brachten. Der Sieg Herreras ist um so wichtiger, als er einer fast fünfzigjährigen konservativen Parteiherrschaft ein

Ende bereitet hat, die der Entwicklung des Landes unüberbrückbare Hindernisse in den Weg stellte. Die Niederlage der Konservativen war nicht so sehr eine Sache der Unpopularität Herreras als vielmehr einer Spaltung im eigenen Lager, die zur Aufstellung zweier Kandidaten, eines offiziell-konservativen un eines unabhängig-konservativen, mit der sich daraus ergebenden Stimmenzersplitterung führte. So kam es, dass Herrera nach halbamtlichen Zusammenstellungen eine Mehrheit von fast 130 000 Stimmen erzielen konnte. Der vierte Kandidatiwar ein Drücker namens Alberto Castrillon, über den angesichts des katastrophalen Wahldurchfalls seinersozial-revolutionären Partei keine Worte zu verlieren sind. Diese Partei, an der ausser dem Namen nichts sozial oder gär revolutionär ist, konnte ganze 200 Stimmen auf sich vereinigen.

Enrique Olaya Herrera ist ein Mann von 48 Jahren und hat eine recht bewegte öffentliche Laufbahn hinter sich. Als Besitzer mehrerer Zeitungen gelang
es ihm bald, massgebende parlamentarische und Regierungsämter zu erringen, die
im Jahre 1921 in seiner Ernennung zum Aussenminister gipfelten. Später legte
er dieses Amt nieder und ging als Botschafter nach Washington, wo er unter der
freundlichen Führung des amerikanischen Staatsdepartements bald Gelegenheite
hatte, sich die Gedankengänge Washingtons über die politische und wirtschaftliche Aufschliessung seines Landes zu eigen zu machen. Es ist unzweifelhaft,
dass dieses starke Hinlehnen nach Washington zum grossen Teile für seinen Erfolg massgebend ist, da ein jeder Kolumbianer sich an den zehn Fingern mit Gewissheit abzählen konnte, dass eine Präsidentschaft Herrera von einem reichlichen amerikanischen Geldflusse begleitet sein würde. Genau so unzweifelhaft
ist es, dass diese Hoffnung von Amerika nicht getrogen werden wird, das an
der Aufschliessung Columbiens und seiner Rohstoffquellen einen grösseren Anteil denn je nimmt.

Der offizielle konservative Kandidat war der bekannte Literat und Politiker Dr. Guillermo Valencia, der aus einer angesehenen und politischen führenden Familie stammt. Sein Opponent im konservativen Lager war General Alfredo Vazquez Cobo, eine mittelalterliche Dondottierre-Natur, die sich in dem unglücklichen kolumbianischen Feldzuge des Jahres 1902 gegen die Vereinigten Staaten über den Besitz Panamas einen kriegerischen Namen zu erringen gewusst hat. Es war derselbe berühmte Feldzug, der mit der für das kolumbianische Mutterland bitter enttäuschenden Unabhängigkeitserklärung Panamas endete. Die Vereinigten Staaten, auch damals der treibende Faktor, hatten ihren Willen durchzusetzen gewusst. Der Panama-Kanal, heute eine lebenswichtige Verbindung zwischen dem Atlantik und dem Pazifik, bekam eine Wirklichkeit.

SPD. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags wurde am Freitag die zweite Beratung des Gaststättengesetzes bis zu § 10 fortgeführt. Die in der ersten Beratung angenommenen Verbesserungen wurden sämtlich gesichert. Verschlechterungsanträge des Abg. Köster (Wirtschaftspartei) wurden abgelehnt. Im § 5 wurde mit den Stimmen der Sozialdemokratie beschlossen, die Konzessionsldauer für juristische Personen von 20 auf 30 Jahre zu verlängern. Sollmann (Sozsetzte sich im Gegensatze zu den Wünschen der alkoholgegnerischen Vereine aus wirtschaftlichen Gründen für diese Verlängerung ein. In grossen Hotels, Kaffeenhäusern usw., die meist sehr solide geführt werden, seien so grosse Kapitalien investiert, dass man ihnen die Sicherheit geben müsse, den Betrieb für ein Menschenalter ungestört zu führen. Eine unnötige Verkürzung der Konzessionsdauer bringe nur wirtschaftliche Unsicherheit in diese grossen Betriebsformen und verleite sie zu einer unsoliden Geschäftsführung.

SPD. Der Preussische Minister des Innern Prof. Dr. Waentig hat an Staats-

minister Grzesinski folgendes Schreiben gerichtet:

"Sehr verehrter Herr Staatsminister! Mit Ihnen, Herr Minister, ist ein Mann aus dem Staatsdienst geschieden, der mit großer Energie und Tatkraft die Zügel des Staates in der Hand gehalten und in klarer Zielsetzung für die Festigung der deutschen Republik Grosses geleistet hat. Nicht nur als Leiter des Preussischen Ministeriums des Innern, das politische und Ver-Waltungsaufgaben von aussergewöhnlicher Bedeutung zu erfüllen hat, sondern auch als Polizeipräsident von Berlin haben Sie in vorbildlicher Weise die Ruhe, Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten und schwerste Erschütterungen von dem Volke abzuwenden gewusst. Als Zeichen des Dankes habe ich gern die Gelegenheit wahrgenommen, nunmehr Ihren Namen mit der preussischen Polizei zu verbinden, und habe auch im Gedenken an Ihre Tätigkeit als Podizeipräsident in Berlin der hiesigen Polizeiunterkunft Linden den Namen "Staatsminister Grzesinski" verliehen.

Ich beabsichtige, für die Wohlfahrtsräume der genannten Unterkunft Ihr

Bild zu stiften.

In der Hoffnung, dass Sie sehr bald wieder in den vollen Besitz Ihrer Kräfte gelangen, bin ich, sehr verehrter Herr Staatsminister, mit vorzüglicher Hochachtung und herzlichem Gruss

Ihr sehr ergebener gez.Waentig."

Unter dem gleichen Datum, am 6.März d.Js., hat Minister Waentig der Polizeiunterkunft Linden in Berlin die Verleihungsurkunde überreicht, durch die die Polizeiunterkunft von nun an den Namen "Polizeiunterkunft Staatsminister Grzesinski" führt.

SPD. Stockholm, 7.März (Eig.Drahtb,) In Stockholm kam es anlässlich einer kommunistischen Demonstration zu heftigen Zusammenstössen mit Polizei, als die Kommunisten versuchten, das hiesige Gewerkschaftshaus zu stürmen. Mehrere Personen wurden zum Teil schwer ver-

letzt.

SPD. Als Nachfolger des kürzlich verstorbenen Regierungspräsidenten Dr. Tiedemann in Erfurt ist der demokratische Ministerialdirigent im Reichs-

ministerium des Innern Dr. Häntschel in Aussicht genommen. In dem preussischen Regierungsbezirk Erfurt wurden bei den letzten preussischen Landtagswahlen rund 280 000 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Demokraten rund 10 000 Stimmen, die sich bei den nächsten Wahlen wahrscheinlich auf 6 oder 7 000 Stimmen reduzieren dürften. Der Anhang der Demokraten im Regierungsbezirk Erfurt ist also so geringfügig, dass er im Vergleich zu der Stärke der Sozialdemokratie, die 1928 rund 80 000 Stimmen aufbrachte, völlig in den Hintergrund tritt. Trotzdem fordern die Demokraten, dass das Erfurter Regierungspräsidium auch in Zukunft wieder mit einem demokratischen Parteimann besetzt wird. Vor 10 Jahren mag die demokratische Forderung nach der Besetzung des Erfurter Präsidiums mit einem Demokraten berechtigt gewesen sein. Damals besass die demokratische Partei auch im Erfurter Regierungsbezirk noch eine gewisse Resonanz, die inzwischen aber völlig verwirtschaftet worden ist. Eine politische Berechtigung zur Besetzung des Erfurter Regierungspräsidiums mit einem Demokraten besteht also keinesfalls. Da andererseits der von den Demokraten für Erfurt vorgeschlagene Kandidat nur vorgeschlagen wurde, weil er das demokratische "Parteibuch" in der Tasche hat, haben die Demokraten nach der Argu-mentation ihres "Berliner Tageblatt" auf die Besetzung des Erfurter Regierungspräsidiums auch nicht einmal ein sachliches Anrecht.

SPD. Im Reichstag haben die Regierungsparteien zur zweiten Beratung des

Polenabkommens folgende Entschliessung eingebracht:

"Die Lage der deutschen Minderheit in Polen gibt nach wie vor zu schwerster Besorgnis Anlass. Da eine wirkliche Befriedung Europas nur möglich ist, wenn das international festgelegte Minderheitenrecht in vollem Umfange tatsächliche Geltung hat, erwartet der Reichstag, dass die Deutsche Reichsregierung in Erfüllung der dem Reich als Mitgarant des internationalen Minderheitenrechts obliegenden Verpflichtungen, alle völkerrechtlich vorgesehenen Mittel zur Anwendung bringt, um den Minderheiten Recht und Freiheit zu sichern."

SPD. Paris, 7.März (Eig.Drahtb.)

Der "Matin" erklärt am Freitag zur Londoner Flottenkonserenz, dass Frankreich getreu seiner Rolle als Vorkämpferin des Friedens, auch jetzt zur gütlichen Einigung bereit bleibe, falls natürlich seine Sicherheit gorantiert würde. Frankreich fasse seine Bedürfnisse hinsichtlich der Flottenrüstungen als rein relativ auf. Es sei zum Entgegenkommen bereit, wenn die übrigen Mächte etwa in der Einleitung zu dem in London abzuschliessenden Abrüstungsvertrag sich feierlich verpflichteten, auf jeden Krieg untereinander zu verzichten und auch sonst bei jeder Kriegsdrohung zwischen dritten Mächten sich sofort über die Sicherung des Friedens zu verständigen.

Diese deutliche Kompromissbereitschaft, die mit Formeln arbeitet, die unter dem ersten Kabinett Tardieu noch als mirngespinste verpönt waren, lässt nicht gerade auf eine besonders starke Position der französischen Delegation

in London schliessen.

SPD. Die Demokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

"Nach unwidersprochen gebliebenen Meldungen hat das mit der russischen Sowjetregierung aufs engste verknüpfte Vollzugskomitee der Komintern kürzlich nach eingehenden Verhandlungen u.a. mit dem deutschen Reichstagsabgeordneten Thälmann beschlossen, die kommunistische Bewegung in Deutschland mit allen Mitteln zu unterstützen und die revolutionäre Bewegung in Deutschland in jeder Weise zu Tördern.

Welche Massnahmen gedenkt die Reichsregierung einzuleiten, um gemäss dem Vertrag von Rapallo die Einmischung russischer Stellen in die deutsche Politik zu verhindern, wobei eine Unterscheidung zwischen den Komintern und der russischen Regierung infolge der engen Verknüpfung zwischen beiden nicht anzuerkennen ist."

SPD. Leipzig, 7.März (Eig.Drahtb.) Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte am Freitag den 45 Jahre alten Schriftleiter Max Krause aus Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republikschutzgesetz zu einem Jahr Festung und FOO Mark Geldstrafe. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft hatte 1 Jahr 6 Monate Festung und 150 Mark Geldstrafe beantragt.

In der von dem Angeklagten verantwortlich geleiteten Internationalen kommunistischen Presse-Korrespondenz waren 1929 mehrere Artikel erschienen, in de-

nen das Reichsgericht hochverräterische Propaganda erblickte.

SPD. Stuttgart, 7.März (Eig.Drahtb.)

Im Württembergischen Landtag beantwortete Staatspräsident Bolz am Freitag eine sozialdemokratische Anfrage über die Regierungspolitik und über die Frage, welche Zusicherungen den beiden zur Regierung neu hinzugetretenen liberalen Parteien gegebenen worden seien, wie folgt:

Über die Regierungserweiterung sei mit diesen Parteien schon seit längerem verhandelt und schon vor Jahresfrist sei eine weitgehende gemeinsame Arbeitsbasis mit ihnen gefunden worden. Besondere Zusicherungen seien den Parteien beim Eintritt in die Regierung nicht gegeben worden. Die betreffenden Fragen, die Reichs- und Verwaltungsreform, Schulgesetz und Lehrerbildungsreform seien so schwere Probleme, dass sie nicht aus Anlass der Regierungsumbildung in éin : paar Tagen hätten geklärt werden können. Er hoffe auf eine Verständigung darüber, wie über die Frage der Landessteuerordnung und des Lastenausgleichs unter den Gemeinden. Das der Deutschen Volkspartei eingeräumte Amt eines Staatsrats sei rein ehrenamtlich. Sein Inhaber habe im Staatsministerium nur beratende Stimme und besitze auch kein Kontrollrecht gegenüber der Verwaltung. Das Amt stehe daher auch nicht im Widerspruch zur württembergischen Verfassung. Bei der Abstimmung im Reichsrat über den Young-Plan habe Württemberg mit Jä gestimmt: beim Polenabkommen habe es sich der Stimme enthalten, weil seine Tragweite nicht zu überblicken war. Die wirtschaftliche Tragbarkeit des Young-Planes sei zweifelhaft. Der neue Vertrag bedeute immerhin einen weiteren Schrit zur Entspannung der Lage und es wäre katastrophal, wenn Deutschland der ganzen Welt ein Nein entgegensetzen würde. In der Frage der Vereinigung von Württemberg und Baden müsste das Gesamtinteresse des Reiches massgebend sein. Jeder müsse heute anerkennen, dass eine Umgestaltung der Reichsorganisation erfolgen müsse. Auf freiwilligem Wege könne man ihr eher näher kommen als durch gesetz lichen Zwang. Er (Bolz) würde die Vereinigung der beiden Länder für einen Fortschritt halten, ohne sich inbezug auf die dadurch erzielte Staatsvereinfachung allzu grossen Hoffnungen hinzugeben.

Als Staatspräsident Bolz dann das Ersuchen des nationalsozialistischen Abgeordneten auf Vorlegung des Protokolls über die Sitzung des Staatsministeriums, in der über die Stellung zum Young-Plan Beschluss gefasst wurde, als rechtlich unzulässig bezeichnete und ablehnte, gab es stürmische Auseinandersetzungen. Von sozialdemokratischen Abgeordneten wurde ihm sofort entgegengehalten, dass sein Kollege Bazille seinerzeit als Staatspräsident öffentlich Mitteilungen aus dem Protokoll des Staatsministeriums gemacht habe, als erglaubte dadurch einen politischen Gegner, den früheren württembergischen Gesandten Hildenbrand blosstellen zu können. Bolz erklärte jedoch, hierüber nicht unterrichtet zu sein, während Bazille sich in Schweigen hüllte.

SPD. Warschau, 7.März (Eig.Drahtb.).
In der galizischen Stadt Sanok, wo vor einigen Tagen von einer Waggonfabrik 1500 Arbeiter entlassen wurden, hetzten kommunistische Agitatoren die Arbeitslosen gegen die Polizei auf. Drei Demonstranten wurden schwer und drei
leicht verletzt. Sechs Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe ebenfalls schwer
verletzt.

SPD. In den Beschlüssen der Reichsregierung über die Finanzreform im Jahre 1931 ist auch die Forderung enthalten, die Erstattungen bei der Lohnsteuer von 1931 ab aufzuheben und dafür aus den Erträgen der Lohnsteuer jährlich eine Summe von 60 Millionen an die Arbeitslosenversicherung zu überweisen. Diese Massnahme ist vom Reichsfinanzministerium vorgeschlagen und insbesondere damit begründet worden, dass die Abschaffungen der Erstattungen eine wesentliche Ent-

lastung der Finanzämter zur Folge haben würde. Tatsächlich würde die Beseitigung der Erstattungen eine der wichtigsten sozialen Erleichterungen bei der Lohnsteuer treffen.

Der Lohnsteuerzahler ist dem Einkommensteuerzahler von Anfang an im Nachteil. Die Lohnsteuer muss sofort nach Empfang des Lohns oder des Gehalts, also wöchentlich oder monatlich bezahlt werden. Die Einkommensteuer braucht aber nur nach Schluss des Kalenderjahres auf Grund einer besonderen Veranlagung entrichtet zu werden. Hat ein Einkommensteuerpflichtiger in einem Jahre weniger verdient, als die ihm zustehenden Freibeträge ausmachen, so braucht er überhaup keine Steuer zu zahlen. Der Lohnsteuerpflichtige muss dagegen in jeder Woche und in jedem Monat sofort zahlen, wenn sein Lohn oder Gehalt die wöchentlichen oder monatlichen Freibeträge übersteigt. Auf die Tatsache, dass er vielleicht im Laufe des Jahres seine Arbeit verliert oder krank wird oder sonstigen Lohnausfall hat, kann keine Rücksicht genommen werden. So kann es kommen, dass bein Lohnsteuerpflichtiger in einem Jahre Steuer zahlen muss, obgleich er weniger ver dient hat als seine jährlichen Ermässigungen ausmachen. Das tritt in allen Fällen ein, in denen ein Arbeiter oder Angestellter im Laufe des Jahres arbeitslos wird.

Um diese Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen, sind auf Vorschlag der Sozialdemokratie im Jahre 1925 die Erstattungen eingeführt worden. Sie geben jedem Lohnsteuerpflichtigen, der im Laufe des Jahres erwerbslos, krank, usw. gewesen ist, das Recht, die Rückzahlung der von ihm überzahlten Lohnsteuer zu verlangen. Von diesem Recht haben die Steuerzahler in wachsender Masse Gebrauch gemacht. 1926 wurden 46 Millionen Lohnsteuer erstattet, 1927 schon 61 Millionen 1928 65 Millionen und 1929 über 68 Millionen.

Millionen, 1928 65 Millionen und 1929 über 68 Millionen.

Die Lohnsteuererstattungen sind also keine Sondervergünstigung für die Lohnsteuerzahler, keine nachträglichen Steuerermässigungen, sondern sie sind nur die Rückzahlung zu viel entrichteter Steuern, auf die der Lohnsteuerpflichtige ebenso Anspruch hat wie jeder andere Steuerzahler. Aber diese Rückzahlungen haben für die Lohnsteuerpflichtigen besondere Bedeutung. Sie sind zu einer Zwangssparkasse geworden, aus der die Ärmsten der Armen oft gerade im Augenblick der grössten Not die 15 oder 20 M herausbekommen, die sie in der Zeit der Beschäftigung zu viel gezahlt haben. Die Erstattungen zu beseitigen heisst 15 Millionen Arbeitern und Angestellten dieses selbstverständliche Recht, rauben, heisst 15 Millionen der bedürftigsten Volksgenossen die paar Mark nehmen, die schon manchem Arbeitslosen aus bitterer Not geholfen haben.

Nun sagt das Reichsfinanzministerium: die Erstattungen sollen ja den Lohnsteuerpflichtigen mittelbar wieder zugute kommen, denn es sollen ja jährlich 60 Millionen an die Arbeitslosenversicherung zur Verstärkung ihrer Mittel gezahlt werden. Man will also die Lohnsteuerpflichtigen bei den Erstattungen ebenso abspeisen wie bei der Lex Brüning, wo man statt der versprochenen Steuer senkungen die Mehrerträge der Lohnsteuer an Invaliden- und Knappschaftsversicherung überwies. Mochte die Anderung der Lex Brüning noch hingehen; hier handelt es sich tatsächlich darum, dass ausgerechnet die Arbeitslosen einen Sonderbeitrag zur Arbeitslosenversicherung entrichten sollen. Also kein Notopfer von den Besitzenden oder den Festbesoldeten, sondern ein Notopfer gerade von den Opfern der Wirtschaftskrise.

Das Heichsfinanzministerium weist weiter darauf hin, dass die Lohnsteuererstattungen den Finanzämtern sehr viel Arbeit verursachen. Das soll nicht bestritten werden, wenngleich viele Behauptungen in dieser Richtung weit übertrieben sind. Aber die Lohnsteuer ist eine der Steuern, die am wenigsten Verwaltungskosten verursacht und am meisten einbringt, weil sie vom Arbeitgeber
erhoben wird. Wenn das Reichsfinanzministerium die geringe Belastung des Verwaltungsapparates durch die Erstattungen nicht in Kauf nehmen will, dann soll
es die Lohnsteuer aufheben und sehen, ob die Heranziehung der Lohnsteuerzahler
zur veranlagten Einkommensteuer etwa billiger und einfacher ist. Wenn eine
Steuer nicht die einfachsten sozialen Ansprüche erfüllen kann, dann muss sie

eben verschwinden und durch eine andere ersetzt werden.

Wir glauben nicht, dass die Lohnsteuer beseitigt zu werden braucht, weil wir die Erstattungen nach wie vor für ebenso durchführbar wie sozial unbedingt erforderlich halten. Die Sozialdemokratie wird daher der <u>Beseitigung der</u> Erstattungen den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Sollte aber das Reichsfinanzministerium im Bunde mit den bürgerlichen Parteien trotzdem seine Absicht durchsetzen, dann kann die Sozialdemokratie keine Garantie für den weiteren Bestand der Lohnsteuer übernehmen. Die Lohnsteuererstattungen aufheben, heisst tatsächlich die Axt an die Wurzel der Lohnsteuer legen.

SPD. Oldenburg, 7.März (Eig.Bericht)
In der oldenburgischen Gemeinde Gandersee hatten die Sozialdemokraten die Bevölkerung zu einer Kundgebung "gegen die Seuche des Nationalsozialismus!" aufgerufen, in der der Reichstagsabgeordnete Tempel referierte. Während er sprach, füllte sich der Saal mehr und mehr mit nichtuniformierten Hakenkreużlern, teils jungen Bauernburschen und Knechten, überwiegend aber mit lichtscheuen Elementen, die auf Lastautos von Bremen, Oldenburg und Delmenhorst herangeführt worden waren. Die Gesellschaft stand unter der Führung des gleichen berüchtigten Lütt, der seiner Zeit der Anführer bei dem Überfall in Schweidnitz war und wegen Beschimpfung der Republik bereits zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt worden ist. Lütt hatte seine Kolonnen absolut in der Hand, die Wie Hetzhunde auf Pfiff und Anruf dressiert waren.

Während des Referats wurde im allgemeinen die Ordnung gewahrt. In der Aussprache leistete sich dann Lütt masslose Anpöbeleien, die auf den Ton "Schieberrepublik", "Gaunerrepublik", "Wucherrepublik" abgestimmt waren. Trotzdem eine Luge der anderen, eine Herausforderung der anderen folgte, blieben die sozialdemokratischen Versammlungsteilnehmer auf Aufforderung des Vorsitzenden absolut ruhig. Nach Schluss seiner Hetzrede befahl Lütt seinen Kumpanen, den Saal zu räumen. Nachdem sich die Rowdies am Ausgang des Saals konzentriert hatten, setzte sich die Gesellschaft, etwa 250 Mann stark, wie auf Kommando in Bewegung und fiel über die überraschte Versammlung her. Mit Zaunlatten, Stöcken, eisernen Gartenstühlen, Tischbeinen und jedem erreichbaren Gegenstand wurde in brutalster Form auf das Reichsbanner eingeschlagen. Ausserdem wurden Stühle und Bierseidel in die Menschenknäuel hineingeschleudert. Da sich das Reichsbanner mit aller Energie welde, und die Banditen aus den Fenstern hinausschlug, glich das Lokal bald einem Trümmerhaufen. Beim Erscheinen der Schupo die 40 Mann hoch in den Saal stürmte und ihre Gummiknüppel rücksichtslos auf. das Hakenkreuzgesindel niedersausen liess, flüchteten die Burschen durch die Fenster ins Freie. Zwei schwer und viele Leichtverletzte blieben zurück. Die Verletzten sind überwiegend Nationalsozialisten. Die anwesenden Landjäger, von denen einer ebenfalls verletzt wurde, bestätigten, dass die Hakenkreuzler den Überfall ohne jede Veranlassung, in geschlossener Front, durch Pfiffe und S.A.Rufe dirigiert, begannen und durchführten. Die Polizei hat die Personalien von 103 Burschen festgestellt, die einer Bremer Kolonne angehörten. Die Leute werden sich wegen vollendeten Landfriedensbruchs zu verantworten haben.

Die Methode der organisierten Sprengungsversuche durch Konzentration ortsfremder Stosstrupps, die auf Lastautos aus entfernten Städten herbeigeführt werden, um ländliche Gegenden politisch zu terrorisieren, muss allen Behörden Anlass zu schärfstem Einschreiten sein. Verdächtige Massentransporte jugendlicher Rowdies sollten unter allen Umständen von der Polizei angehalten " und festgenommen werden. Versagen hier die Behörden, so wird man auf dem Lande gezwungen sein, auch innerhalb des Reichsbanners besondere Schutztrupps zu organisieren. Hoffentlich braucht es nicht erst zu dieser Proklamation des Faust-

rechts zu kommen.

SPD. Neu Dheli, 7. Marz (Eig. Drahtber.)

Der <u>Vizekönig von Indien</u>, Lord Irwin, hat den an ihn gerichteten <u>Brief Gandhis</u> durch seinen Privatsekretär kurz bestätigen lassen. Der Vizekönig, so heisst es in dieser Antwort, habe mit Bedauern gehört, dass Gandhi einen Weg vorzuschlagen gedenke, der unverkennbar eine Verletzung des Gesetzes und eine Gefahr für den öffentlichen Frieden mit sich bringen müsse.

In der gesetzgebenden Versammlung machte sich ein Führer der gemässigten Nationalisten Indiens, Pundit Malaviya am Freitag erbötig, Gandhi von der Austrufung der passiven Resistenz noch in letzter Minute abhalten zu wollen, wenn

Indien sofort der Dominion=Status gewährt werde.

SPD. Genf, 7.März (Eig.Drahtber.)

Am Sonnabend und am Montag wird sich das Schicksal der Wirtschafts-Konfe-

renz in Genf endgültig entscheiden.

Am Sonnabend wird der französische Handelsminister Flandin, der am Freitag mit den Delegationen der Frankreich benachbarten Länder Fühlung nahm, einen Ersatzvorschlag für den von Frankreich abgelehnten Zollfrieden machen, der auf der Basis der seit der Krise der Konferenz diskutierten Verlängerung der Sonederverträge beruht. Frankreich soll bereit sein, eine gewisse Verlängerung mit dem Recht auf zweimonatliche Kündigung zuzugestehen, wenn die Freihandelsstaaten sich in einem gentlemen agreement verpflichten, von ihrer bisherigen Zollpoelitik nicht abzuweichen.

Am Montag wird ein Unterausschuss den <u>veränderten Text des Viermächte</u>
Antrages vorlæen, dessen Diskussionam Freitag fortgesetzt wurde. Es ergab sich
dabei, dass Italien jeder Verpflichtung auf spätere Zollherabsetzungen auszuweichen bestrebt ist, dass aber auf der anderen Seite der ausschlaggebende Artikel des Antrages sachlich und technisch ungeschickt abgefasst ist, sodass
auch Deutschland, die Schweiz und andere Staaten die Verweisung an eine Kommission verschlagen mussten. In der Unterkommission, in der Deutschland vertreten
ist, wird man u.a. auf einen französischen Antrag zurückgreifen, nach dem das
Sekretariat den Regierungen einen genau formulierten Fragebogen zuzustellen
hat. Der Fragebogen verlangt genaue Antworten und Auskünfte über die Möglichkeiten einer Verbesserung des freien Verkehrs von Waren, Personen und Kapitalinnerhalb Europas.

SPD. Im Bezirk Halle schloss die KPD-Bezirksleitung an einem Tage nicht weniger als sieben führende Funktionäre, darunter den Betriebsratvorsitzenden der Mansfeld A.G. und verschiedene Kommunalvertreter aus. Der bisberige Poletieter dieses Bezirks der Reichstagsabgeordnete Wilheren ist bei Thälmann abermals in Ungnade gefallen und hat dem Landtagsabg. Grube Platz gemacht. In Nürnberg sind 8 KPD.-Funktionäre in die SPD zurückgekehrt.

SPD. Königsberg, den 7. März (Eig. Drahtb. In die Walsch bei Mehlsack in Ostpreussen waren drei Kinder eines Händlers mit dem Schlitten eingebrochen. Während sich der älteste Junge aus dem Wasser herausarbeiten konnte, sind die anderen beiden ertrunken.

SPD. Paris, 7. März (Eig.Drahtb.)

Die Kammer hat am Freitag einstimmig einen ersten Notkredit für die Überschwemmungsgeschädigten in Südfrankreich in Höhe von 100 Millionen Franken bewilligt. Gleichzeitig hat die Regierung für die 14 von der Katastrophe betroffenen-Departements ein Teilmoratorium erlassen.

Der deutsche Botschafter in Paris hat am Freitag in einer Unterredung mit dem Generalsekretär des Quai d'Orsay, Philipp Berthelot, der französischen Regierung die Teilnahme der Reichsregierung zu der Katastrophe ausgesprochen. In einem persönlichen Schreiben hat der Ministerpräsident Tardieu sich sofott bedankt und betont, dass das grosse französische Volk, in erster Linie natürlich die Überschwemmungsgeschädigten selbst, für diese Beileidskundgebung besonders erkenntlich seien. Der König von England und der vonSpanien haben an den Präsidenten der Republik Telegramme gesandt. Der päpstliche Nuntius hat im Namen/des Heiligen Stuhles eine Gabe von 50 000 Franken gestiftet,

Aus dem Katastrophengebiet selbst liegen am Freitag keine neuen Nachrichte vor. Überall hat sich die Flut verlaufen und man ist aufs energischste mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Eine Gesamtbilanz der Schäden lässt sich jedoch immer noch nicht aufstellen. In Bordeaux flaut das Hochwasser am Freitag weiter ab. Dank rechtzeitiger Sicherungsmassnahmen hält sich hier der Schaden in mässigen Grenzen.

SPD. Charlerois, 7.März (Eig.Drahtb.)

Auf der Zeche Cazier bei Charlerois (Belgien) wurden bei einer Grubenexplosion <u>ll Arbeiter getötet</u> und <u>ll schwer verletzt. Mehrere der schwer verletzten Opfer befinden sich in Lebensgefahr.</u>

Als die Retter in die Grube hinabstiegen, bot sich ihnen ein furchtbares Bild. Alle Verunglückten waren vollständig nackt und lagen zum Teil halb verkohlt am Boden. Die Flammen hatten die Kleider vollkommen verzehrt. Manchen fehlten verschiedene Glieder; bei vielen war der Körper entsetzlich zugerichtet

Die Nachricht von der Katastrophe verbreitete sich mit grosser Schnelligkeit. Schon in den frühen Morgenstunden sammelte sich eine grosse Menschenmenge vor der Grube. Als die Opfer an die Oberfläche gebracht wurden, spielten sich herzzerreissende Szenen ab. Ein grosser Teil der Verunglückten stammt aus dem Ausland. Es sind namentlich Polen und Tschechen.

Über die Ursache der Katastrophe besteht noch keine Klarheit. Man vermütet dass die Explosion durch eine schadhafte Lampe herbeigeführt wurde. Eine amtliche Untersuchung wurde sofort eingeleitet. Die Zeche ist übrigens als stark wetterhältig bekannt. Schon vor dem Kriege ereignete sich dort eine Katastrophe von allerdings geringerem Umfange.

SPD. London, 7. März (Eig.Drahtb.)
Die Verhandlungen der Flottenkonferenz sind mit der Rückkehr der französischen Delegation am Freitag wieder in vollem Ausmass aufgenommen worden. Die
Arbeitspause ist jedoch nicht völlig unfruchtbar gewesen, und die Konferenz
beginnt ihre Arbeiten keineswegs an dem Punkte, an dem sie vor 14 Tagen durch
die französische Regierungskrise stillgelegt worden ist.

Vor der Vertagung beschäftigte sich die Konferenz mit den Tonnageforderungen der verschiedenen Länder. Dabei wurde es immer deutlicher, dass diese Methode zu keinem befriedigenden Resultat führen könne. In der Zwischenzeit scheint sich eine völlige Einigung darüber ergeben zu haben, dass die Zeit für die Verhandlungen über Ziffern noch nicht reif ist und zuerst auf politischer Grundlage die psychologischen Voraussetzungen für eine befriedigende Regelung der Tonnagefragen geschaffen werden müssen. Das gilt insbesondere mit

Hinblick auf Frankreich und Italien, deren gegenseitiges Misstrauen im Rahmen der Verhandlungen über Tonnage und Kategorien nicht zerstreut werden kann. Die Mächte sind deshalb zu dem Entschluss gekommen, einen neuen politischen Pakt zwischen den fünf Mächten fertigzustellen, der eine Verstärkung bezw. Ergänzung der bereits bestehenden Abkommen darstellen soll. Erst wenn dies geschehen ist; soll in einer, wie man hofft, günstigeren Atmosphäre, die Ziffernfrage in Angriff genommen werden. Man glaubt dann wesentliche Abstriche der einzelnen Länder durchsetzen zu können.

MacDonald war nach der am Freitag morgen stattgefundenen Sitzung der fünf Delegationsführer sichtlich optimistisch und sprach die Erwartung aus, dass die

Konferenz vor Mitte April ihren erfolgreichen Abschluss finden würde.

Einige Beamte des Völkerbundssekretariats haben sich für Stellungen in der Internationalen Zahlungsbank beworben. Unter ihnen befindet sich der zweite Leiter der Wirtschaftsabteilung, der Italiener Stopani, der für den Posten eines Generalsekretärs in Frage kommt. Die Bewerbung Stopanis wie auch der ande ren ist rein privater Natur. Eine politische Verbindung des Völkerbundes mit der Bank würde durch die Übernahme eines oder mehrerer bisheriger Völkerbundsbeamter nicht geschaffen. Andererseits sind die Bemühungen zahlreicher Völkerbundsbeamter um andere und bessere Stellungen bezeichnend für eine gewisse Krise im Völkerbundssekretariat, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass eine kleine Gruppe alter Beamter, die aus den gleichen Organisationen der Entente als Mitarbeiter Drummonds von diesem in das neugegründete Völkerbundssekretariat übernommen wurden, einen festun Block bildet, demgegenüber sich die anderen Beamten nicht durchzusetzen vermögen.

Vor dem hiesigen Schwurgericht wird zurzeit ein Mordfall verhandelt, der bereits 9 Jahre zurückliegt. Angeklagt ist ein 27 jähriger Metzgergeselle namens Szmaj aus Polen, der im April 1921 in Ostrowo nachts ein Ehepaar, die Schwester der Ehefrau und einen Hauslehrer ermordet haben soll. Der Angeklagte, der ein bewegtes Leben hinter sich hat – er war als Metzgergeselle in Mannsheim, Düsseldorf und Gelsenkirchen tätig, dann Soldat im deutschen Heer, später Gerichtsdiener und zuletzt Blockwärter bei der polnischen Regiebahn – flüchtete nach der Mordtat und weilte in Deutschland und Holland, zeitweise unter dem Namen Josef Müller. Erst im März 1928 gelang es, ihn in Westum im Rheinland zu verhaften, wo er sich, nachdem seine erste Ehe geschieden war, wieder verheiraten wollte.

Den Untergrund der Mordtat bildete der Schmuggel, der damals in Polen hoch in Blüte stand. Die Zeugenvernehmung gestaltet sich sehr umständlich, da die aus Polen geladenen Zeugen der deutschen Sprache nicht mächtig sind und ein Dolmetscher mitwirken muss.

SPD. Genf, 7. März (EiglDrahtb.)
Der Bericht des Ausschusses für die Angleichung des Völkerbundsvertrages
an den Kelloggpakt ist am Freitag veröffentlicht worden. Er bestätigt und begründet, warum der Ausschuss sich hicht mit den ursprünglich von England gewünschten kleinen redaktionellen Anderungen begnügt hat, sondern gleichzeitig
mit einer Ausscheidung des Rechts auf den Angriffskrieg eine Vermehrung der
Verpflichtungen zu friedlicher Regelung von Streitigkeiten in den Völkerbundsverträg einfügte.

Lord Cecil lässt gleichzeitig mit dem Bericht eine Erklärung veröffentlichen, die er in der vertraulichen Schlussitzung des Ausschusses abgab und in. der er betont, dass der einheitliche Bericht der Völkerrechtler ihre Regieruhgen in keiner Weise bindet. "Es ist z.B. möglich - heisst es in der Erklärung Cecils - dass die englische Regierung es nicht für möglich hält, weiter zu ge hen als dies in der letzten Verhandlung beabsichtigt wird." Cecil macht weiter darauf aufmerksam, dass die Zustimmung oder Ablehnung der Änderungen durch die englische Regierung vom Stand der Abrüstungsfrage abhängen wird.

Das Schicksal der Paktänderung entscheidet sich auf der kommenden Völker-

bundsversammlung.

SPD. Bukarest, 7. März (Eig.Drahtb.)
Am Freitag war in der Ortschaft Baca, einem Dorf inmitten des rumänischen Petroleumgebietes eine ungeheuer starke Eruption zu verzeichnen, durch die ungeheure Mengen Petroleum mit grosser Gewalt aus der Erde gepresst wurden. Vier Arbeiter wurden auf der Stelle getötet, 10 schwer verwundet. Auf dem Transport zum Krankenhaus sind zwei der Schwerverwundeten gestorben. Die anderen Verwundeten sind so schwer verletzt, dass die Ärzte die Hoffnung an ihrem Aufkommen bereits aufgegeben haben und die Zahl der Toten damit auf 14 steigen wird.

Die Eruption ist wahrscheinlich auf eine Unvorsichtigkeit zurückzuführen. Sie ereignete sich in einer Sonde, die seit längerer Zeit brachgelegen hatte und neuerdings wieder in Betrieb genommen werden sollte. Die Bergwerks-Gesellschaft hatte 120 kg Dynamit in das Sondenrohr einführen lassen, um so die Freilegung des verstopften Naphtalagers zu ermöglichen. Das Dynamit explodierte jedoch vorzeitig. Die Detonation wurde kilometerweit gehört, grosse Erdschol-

len und Gesteinsblöcke wurden meterweit weggeschleudert.

SPD. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hatte am Donnerstag, also kurz vor seinem Rücktritt, eine eingehende Unterredung mit dem Reichspräsidenten über die Younggesetze. Schacht soll versucht haben, im Sinne seiner politischen Auffassung über die Younggesetze auf den Reichspräsidenten einzuwirken. In parlamentarischen Kreisen bringt man den Ausgang der Unterredung mit dem Rücktritt in Zusammenhang.

Die Neuwahl des Reichsbankpräsidenten wird voraussichtlich am 31. März durc den Generalrat der Reichsbank erfolgen. Als Nachfolger werden u.a. der preussische Finanzminister Höpker-Aschoff und der frühere Staatssekretär des Reichs-

finanzministeriums Dr. Bergmann genannt.

SPD. Bern, 7.März (Eig.Drahtb.)

Die Schweizer Polizei hat im Zusammenhang mit der Tätigkeit des italienischen Lockspitzels Menapace die Fäden eines italienischen Spionagedienstes in der Schweiz entdeckt. Haussuchungen ergaben in Basel und Zürich das Bestehen dortiger Zweigstellen der italienischen Spionage. Verhaftungen wurden inzwische dortiger Zweigstellen der italienischen Spionage. Verhaftungen wurden inzwische insbesondere im Kanton Tessin vorgenommen. Sie ergaben, dass im Kanton Tessin zwei italienische Spionage-Organisationen im Auftrag und für Rechnung der italienischen Faschistischen Partei arbeiten. Andere Verhaftete arbeiteten im Auftrage der Zentral-Kriminalpolizei in Rom.

Trage der Zentral-Kriminalpolizei in Rom.

die Schweizer Agenten haben ihren Sitz in Mailand und besuchten von Zeit zu Zei die Schweizer Agenten. Sie waren mit falschen Pässen versehen. So ist ein in diesen Tagen in Tessin festgenommener Agent italienischer Honorat-Konsul. Erfbenutzte auf seinen Reisen in der Schweiz entweder einen Pass mit falschem Namen öder einen Diplomatenpass mit seinem richtigen Namen. Ein anderer Agent unterhielt ein gut besuchtes Restaurant und gab sich als wütender Antifaszhist aus. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

SPD. Berlin, 7. März (Eig. Drahtber.)

Während der Freitagsitzung des Reichstags wurde der Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht bekannt. Die Meldung wirkte im Parlament sehr stark. Sie alarmierte die Wandelhalle. Weberall bildeten sich Gruppen von Journalie sten und Abgeordneten, die eingehend das Ereignis besprachen. Auch im Sitzungssaal fand der Rücktritt seinen Widerhall. Der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer, der sich recht lebhaft und wirkungsvoll mit der Opposition auseinander= setzte, zog, durch Zwischenrufe dazu angeregt, auch den Rücktritt Schachts in seine politischen Betrachtungen. Er beteuerte, dass er selbst bis zuletzt immer wieder den Reichsbankpräsidenten ermuntert habe, auf seinem Posten zu bleiben. Zwar seien ernste politische Meinungsverschiedenheiten zwischen Schacht und der Begierung, aber dessen ungeachtet habe er Dr.Schacht für den geeigneten Reichsbankpräsidenten gehalten. Allerdings sei er über die politischen Fähig= keiten Schachts anderer Meinung. Der Rücktritt des Reichsbankpräsidenten seit ohne jeden politischen Druck vollkommen freiwillig erfolgt. Welche Auswirkungen der Rücktritt habe, sei jetzt nicht vorauszusagen. Die Erzählungen von einer Abfindungssumme in Höhe von mehreren Millionen Mark seien Märchen. In Wahrheit werde der scheidende Reichsbankpräsident eine Pension von 30 000 Mark jährlich erhalten.

Dr. Moldenhauer wies dann dem deutschnationalen Oppositionsredner Dr. Reichert nach, dass alle Befürchtungen auf eine Inflation unter dem Youngplan hin= fällig seien. Die Behauptung einer Inflationsgefahr unter dem Youngplan sei blanker Unsinn, die Währung werde durch den Youngplan durchaus gesichert. Zu befürchten seien höchstens Wirtschaftskrisen, nicht aber Währungskrisen. Foldenhauer hob heraus, dass der Youngplan gegenüber dem Dawesplan auch insofern ei= nen bedeutenden Vorteil bringem als das Reich die Berechtigung erhalte, ein Moratorium aus eigenem Willen zu beantragen, während dies nach dem Dawesplan nur das fremde Transferkomitee konnte. Sehr scharf wurde Moldenhauer gegenüber dem wirtschaftsparteilichen Führer Dr. Bredt, der erklärt habe, seine Fraktion lehne den Youngplan wegen der grossen finanziellen Schwierigkeiten ab. Wenn der Youngplan scheitere, so sagte Moldenhauer, würden die Steuerlasten noch viel höher werden. Er schätze bei einem Scheitern des Youngplanes und bei einem wei= teren Inkraftbleiben des Dawesplanes, dass zu den jetzt in Aussicht genommenen Steuerlasten noch weitere 1100 Millionen Steuern hinzukommen würden. Sie kämen, so rief Moldenhauer zur Opposition hinüber, in eine verfluchte Lage, wenn nicht eine Mehrheit im Hause die Verantwortung für den Youngplan tragen wolle. In heftigen Worten wies der Reichsfinanzminister die Bemerkung Bredts zurück, dass 1 niemand im Reich mehr der Reichsregierung glaube, denn diese beschwindele das Volk, Es sei, so schloss Moldenhauer, der Reichsregierung heiliger Ernst mit ihrer Versicherung die Steuern im nächsten Jahre senken zu wollen. Er verbitte sich, dass die Reichsregierung das Volk beschwindele. Bei einer Ablehnung des Youngolans würden noch mehr Steuern gezahlt werden müssen. Ausserdem käme die Kreuger-Anleihe dann micht herein und sei an eine Schuldentilgung nicht zu den=

¿Die nede Moldenhauers, der zum ersten Male in einer grossen politischen Situation vor dem Hause sprach, fand trotz der schwachen Besetzung sehr grosse Aufmerksamkeit und am Schlusse starken Beifall, der freilich auf der Linken we= sentlich lebhafter war als bei der Deutschen Volkspartei. Man macht auch bei den Beden des Reichsaussenministers die Erfahrung, dass sie bei den Demokraten und den Sozialdemokraten wärmer aufgenommen werden als bei der Deutschen Volks= partei, die zwischen sich und ihren Ministern eine Kluft zu fühlen scheint.

Aus der volksparteilichen Fraktion sprachen die Abg. Freiherr von Rhein-baben und Dauch. Beide erklärten zwar ihre Zustimmung zum Youngplan, aber be-

27 3 -4 jin.

packten sie gleichzeitig mit tausendfachen Bedenken. Ein kleines Intermezzo leistete sich Herr Dauch, indem er den heute 80=jährigen Georg Ledebour als einen grossen Patrioten feierte und den Patriotismus Iedebours der Sozialde: kratie als Muster vorhielt. Eine Bede des demokratischen Führers Koch brachte dauernde Störung des Grüppehens der Nationalsozialisten, die sich wirklich soch benahmen als seien die von einer antialkoholischen Trockenlegung meilenweit sentfernt. Koch präste das treffende Nort, wenn der soungplan abgelehnt werde, so komme zwar eine Besundungskrise, über es würden sich dabei wieder nur sehr wennige gesund machen, während das Elend der breiten Massen noch größer werden würde. Becht hatte Koch auch mit der Bemerkung, dass das republikanische Deutsch land für die Deutschen im Ausland unendlich viel mehr getan hat als je das Kaiserreich.

Den Abschluss des Tages bildete eine Rede des Nationalsozialisten Stöhr, de eine Reihe von Sozialdemokraten zum Tode verurteilte und erklärte, dass dieses Urteil sofort vollstreckt werden würde, wenn <u>der nationalsozialistische Staat</u> gegründet sei. Einstweilen werden wohl diese Genossen sich noch ihres Lebens erfreuen dürfen. Töne von ähnlicher Kraft versuchte auch der kommunistische Red ner von sich zu geben, ohne allerdings sich mit den Nationalsozialisten an Blut durst messen zu können. Dass keiner von den beiden Rednern sagte, was nach der Ablehnung des Youngplanes werden solle, ist selbstverständlich. Die Siegerstaaten werden ja schwerlich abwarten, bis Kommunisten und Nationalsozialisten dare über einig sind, wer von beiden einen Staat in Deutschland aufrichtet. Nächste Sitzung Sonnabend.

SPD. Vien, 7.März (Eig.Druhtber.)

Die gunze politische Oeffentlichkeit steht unter dem Eindruck des Kampfes, der im Justizausschuss der Nationalrats augenblicklich gegen das Antiterror=
Gesetz geführt wird.

ne Redo fort. Er erklärte, die freien Gewerkschaften seien bereit, mit den christlichen und völkischen Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, sie würden sich aber gegen das geplante Attentat auf ihre beenshaltung mit Entschiedenheit zur Wehr setzen. Das Antiterror=Gesetz sei eine Ausfluss der Hasspolitik, die von Dr. einel ausgehe. Vertreter der Gewerkschaften kündigten ebenfalls im Namen ihrer Organisationen Kampf gegen das Gesetz an.

Die Christlich=Sozialen hatten ursprünglich geplant, das Gesetz noch in der Wintersession durchzupeitschen. Man glaubt jedoch nicht, dass ihnen das ge=lingen wird, da auch die christlichen und völkischen Gewerkschaften dem Gesetz ablehnend gegenüberstehen.

SPD. Köln, 7. März (Eig. Drahtber.)

1)

In der Macht zum Freiteg wurde der Kölner Beigeordnete Spennrath der zernent für die Notstandsarbeiten, von einigen kommunistischen Demonstranten erkannt und durch Schläge mit einem Schlagrung im Gesicht erheblich verletzt. Die Täter sind unerkannt entkommen.

?

:

"J. Aŭs aller Welt

Verbrechen auf Bestellung.

Die fortschreitende Organisation des Gaunertums - In Berlin 20 nächtliche Schaufensterausraubungen nach Mass - Ein österreichischer Grossbetrieb für Einbruch und Versicherungsschwindel.

SPD. Die Organisation des Verbrechertums macht neuerdings wieder Fortschritte. Die Duplizität der Ereignisse will es, dass fast gleichzeitig in Berlin und Amstetten (Oesterreich) Banden festgenommen worden sind, die gewissermassen nicht nur geistig, sondern auch kaufmännisch miteinander verbunden sind.

Die Berliner Banden sind Spezialfirmen für Schaufenstereinbrüche, die sich in der letzten Zeit zu einer regelrechten Seuche entwickelt haben, da nicht weniger als ungefähr 20 Delikte dieser Art in jeder Nacht gemeldet werden. Noch immer arbeiten die Verbrecher mit Vorliebe mit Autos, die sie von der Strasse wegstehlen und nach verübter Tat stehen lassen. Von zwei Banden, die es besoneders schlimm getrieben haben, konnten in der Nacht zum Freitag drei Mann und eine Frau von der einen, drei Mann von der anderen gefasst werden. Beide Koelonnen haben ihre Beutezüge auf Bestellung verübt. Der Organisator der einen Abteilung, der diejenige Ware zu stehlen in Auftrag gab, die auf dem Hehlermarkt gerade besonders gesucht wurde, ist ein gewisser "Harry", der sein Hauptquartier in einem Lokal in der Köpenickerstrasse hatte. Am Donnerstag abend brauchte Harry dringend Radioapparate. Drei junge Burschen führen per Auto nach einem offenbar sehr renommierten Spezialgeschäft in Tegel, aus dem sie sich sechs Apparate holten. Die Einbrecher wurden aber beobachtet und am Wedding festgenommen. Harry konnte rechtzeitig flüchten. Er ist noch nicht ermittelt. Die Verhafteten sind teilweise geständig. Tatsächlich haben sie viel mehr Vergehen auf dem Kerbholz, als sie zugeben.

Der Häuptling der anderen Bande war ein 28 Jahre alter Fritz Reich. Er trug stets eine geladene Waffe bei sich, ausserdem Anlasserschlüssel für Austos und einen Glasschneider. Sein "Büro" hatte er in einer Kneipe in der Somphie Charlottestrasse in Charlottenburg, wo er Bestellungen jeder Art entgegenhahm. Spezialist war er für Pelzmäntel und Radioapparate. Mit zwei Kollegen und einer Frau wurde er festgenommen, nachdem sie sich in einem Charlottenburger Spezialgeschäft mit mehreren kostbaren Apparaten eingedeckt hatten.

Die Amstettener Firma, deren Inhaber der 38 jährige Häuservermittler August Roher, der 42 jährige Händler Johann Gerstmeier und der 41 jährige Hilfsarbeiter Hermann Schernthaner sind, bat 47 Einbrüche auf dem Gewissen. Davon abgesehen beschäftigte sie sich besonders mit Brandstiftungen auf Bestellung. Dabei hatte auch der Pferdehändler Leopold Schlegel in Hausmennig seine Hand im Spiele. So hat Roher den Gerstmeier einmal angestiftet, dem Pferd des Schlegel ein Bein abzuschlagen, um auf diese Weise in den Besitz der Versiche rungssumme zu kommen. Ferner haben Roher und Gerstmeier im Einverständnis mit Schlegel das Wirtschaftsgebäude eines anderen Gutsbesitzers in Brand gesteckt, damit Schlegels auf diese Weise mitverbrennen sollte; der Wagen war mit 20000 Schilling versichert. Roher hat auch auf Wunsch eines anderen Bauern dessen Wirtschaftsgebäude in Klein-Wolffstein eingeäschert. Es kam aber doch am Ende alles anders, als man dachte und das letzte Wort wird nun nicht die Versiche-rungsgesellschaft, sondern das Gericht zu sprechen haben.

328 Autotote in Paris. Nach einer amtlichen Statistik des Pariser Polizeip äsidiums sind im Jahre 1929 in Paris und Umgebung 328 Menschen durch Austomobil= und Motorradunfälle ums Leben gekommen, davon 311 Personen auf den Landstrassen in der Umgebung von Paris. 48 Prozent der Unfälle sind durch dieu Schuld der Fahrer verursacht, 46 Prozent durch die Schuld der zu Fuss gehendenschuld der Fahrer verursacht, 46 Prozent durch die Ursache nicht festgestellt were den.

Voruntersuchung gegen Beamtenbankschuldige. Der Untersuchungsrichter beir Landgericht I Berlin hat auf Antrag der Staatsanwaltschaft gegen acht Personen die Voruntersuchung wegen der Schuld am Zusammenbruch der Bank für Deutsche Beamte eingeleitet. Die Vorstandsmitglieder Alois Weber, Joseph Weber und Dr. Rudolf Meyer werden beschuldigt, in voller Absicht zum Nachteil der Genossenschaft gehandelt und den Vermögensstand der Genossenschaft unwahr dargestellt zu baben. Gegen den Geschäftsführer Höpfner wird der Vorwurf der Beihilfe er hoben. Die Kaufleute Pichler, Treumann und von Buchwald werden des Bankbetruges beschuldigt. Der Kunstmaler Kende ist der Beihilfe verdächtig.

Das Seeamt lobt Dreyer. Das Hamburger Seeamt hat am Freitag über die ind der Maghellanstrasse aufgelaufene und gekenterte "Monte Cervantes" verhandelt. Es ergab sich, dass dem Kapitän und den leitenden Offizieren keinerlei Vorwurf zu machen ist. Kapitän Dreyer wurde für sein Verhalten die höchste Anerkennung ausgesprochen. Der Besatzung wurde Lob gespendet, da es ihrer Umsicht und Ruhe zu danken sei, dass sämtliche Passagiere glatt landen konnten.

Unstrittene "Blutschande". Auf dem Potsdamer Polizeipräsidium stellte sich am Freitag morgen der rechtsstehende Amtsvorsteher Frenzel aus Bornim bei Potsdam, gegen den auf Grund der Anschuldigung eines Pfarrers Schenk aus Bornim ein Haftbofehl wegen Blutschande, die er an seinen Töchtern verübt haben soll; erlassen worden ist. Die Frau des Verhafteten gab bei der ersten richterlichen Vernehmung an, dass sie während ihrer ganzen Ehe niemals irgendwelche verdächtigen Wahrnehmungen dieser Art gemucht habe. Stattdessen will Frau Frenzel bei ihrer jüngsten Tochter, die sehr sensibel ist, eine vollständige Enterfremdung seit der Zeit bemerkt haben, seit der sie als Haustochter in der Familie des Pastors Schenk in Bornim wohnt. Auf die dauernde Einwirkung des Pfarrers führt auch Frau Frenzel die ungeheuerlichen Anschuldigungen gegen den Amtsvorsteher zurück. Frenzel selbst spricht bereits in einer Potsdamer Zeischungedavon, dass das ihn zur Lost gelegte Verbrechen seiner Tochter einfach suggeriert worden väre, Jedenfalls sind die Töchter des belasteten Amtsvorstemhers in ihren Aussagen bereits ausserordentlich vankend geworden.

Bismarck und sein "Prophet". Wegen Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen ist vom grossen Schöffengericht Berlin-Tempelhof der verantwortliche Redakteir der Zeitschrift "Der Weisse Berg" der berüchtigten Weissenbergsekte anstelle einer verwirkten Gefüngnisstrafe von zwei Monaten und zwei Wochen Gefüngnis zu 1000 Mark Geldstrafe und zur Einziehung und Unbrauchbarmachung der inkriminier= ten Nummern des Blattes verurteilt worden, in dem in einem Artikel "Fürst Otto von Bismarck über Italiens Zukunft" abfällige Aeusserungen über das Papsttum und über das Freimaurertum geäussert wurden. Der Angeklagte erklärte, dass etwart veröffentlichung des Artikels keine Bedenken hatte, weil er ja " von gelsten marck den Papst den "grössten Diener der Hölle" nennt und "die in Fleisch und Blut verkörperte Idee des Satans" und wenn es weiter heisse, dass der Fapst ein fehlerhafter flatterhafter Mensch der Erde wäre, so sei diese Aeusserung eben doch religiös-authentisch. Der Staatsanwalt hielt dem Angeklagten den guten Glauben zugute, aber machte geltend, dass die Heftigkeit der ausgesprochenen

: K.

 \mathfrak{S}

Schmähungen doch nach einer entschiedenen Strafe, für die er vier Monate Ge= fängnis als angemessen hielt, verlange.

Um Loeskes 200 Millionen. Vor der Zivilkammer des Landgerichtes I in Berlin ist der Prozess um die Millionenerbschaft des verstorbenen steinre chen Berliner Juweliers Loeske, Losen Erbschaft ungefähr 200 Millionen Mark beträgt, fortgesetzt worden. As von ihm angefertigte Testament ist von seinen. Verwandten, denen überhaupt lichts zufallen soll, angefochten worden. Als Lange ten Loeskes sind vielmehr se'n Geschäftsführer Oppenheimer, dessen Frau und endlich Loeskes Freundin, Frau Blaustein, eingesetzt worden, Der Termin, der vor vier Wochen stattfa, musste vertagt werden, weil das Testament, das Loeske nach Meinung der Verwandten in einem Anfall von geistiger Umnachtung geschrieben haben soll, nicht da war. Jetzt ist das Testament zur Stelle und seine Echtheit nach den Gutachten der graphologischen Sachverständigen, unter denen sich der bekannte Kriminalist Dr. Schneikert befindet, so gut wie sicher Zu einer besonderen Sensation kommt es, als Rechtsanwalt Professor Dr. Schachi: an, der Rechtsbeistand der beklagten Partei Oppenheimer und Blaustein, dem Ge= richt einen mit Rotstift bekritzelten Zettel überreicht, den Loeske auf dem Sterhehatt geschrieben und Oppenheimer übergeben hatte. Der Zettel enthält ge= wissermassen die allerletzte Verfügung Loeskes, in der es heisst, dass Oppen-heimer sofort nach dem Tode den Tresor öffnen solle, was dann auch nach dem Hinscheiden des Juweliers geschah: man fand im Tresor eben dasselbe Testament; das jetzt von den Verwandten angefochten wird. Die Urteilsverkündung ist auf den 19. März festgesetzt.

Salzsäureattentat einer Verlassenen. Vor dem Wiener Schöffengericht wurde eine junge Frau zu sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt, weil sie ihren Liebhaber, einen Anstreichergehilfen, der sie verlassen hatte, Salzsäure ins Gesicht geschleudert hatte. Die Flüssigkeit führte eine schwere Verletzung am rechten Auge herbei. Der Anstreichergehilfe, der vollständig zu erblinden fürschtete, tötete sich bald darauf durch Erhängen.

Kinder-"pfeife" als Kindermörder. In Breitenau bei Reichenberg erhielt in 14 jähriger Schüler von einem kleineren Jungen eine Pfeife geschenkt, mit dem er in der Schule spielte. Plötzlich gab es einen Knall und der Knabe lief schreiend mit zerfetzten Händen zum Lehrer. Die Pfeife war eine Dynamitkapsel. Dem Schüler wurden sämtliche Finger weggerissen, ausserdem erlitt er lebense gefährliche Fleischwunden am ganzen Körper.

Millionenschwindler gefasst. In Paris wurde am Freitag mittag der von der Polizeibehörden von zehn Staaten gesuchte internationale Hochstapler, Betrüger und Rennschwindler Felix Henri Deneyer verhaftet. Durch Hochstapeleien hat sich Deneyer Millionenbeträge französischer und belgischer Francs und deutscher Reichsmark ergaunert. Das Eld hat er in kurzer Zeit in Spielsälen und auf Rennplätzen durchgebracht. Deneyers Komplize ist ein angeblicher Berliner Kaufmann Weiller, der angeblich inzwischen nach Berlin gereist ist. Deneyer soll Betrügereien auch unter dem Namen Leopold Desbrus verübt haben, der wurde ein gleichfalls unter diesem Namen arbeitender Schwindler bereits vor einigen Women in der Nähe von Bonn verhaftet und nach Berlin in das Untersuchungsgefängenis eingeliefert. Offenbar haben die beiden Desbrus zusammengearbeitet. Min ihmer verhaftung ist eine Verbrecherbande unschädlich gemacht, die von der Erim minalpolizei bereits seit neun Jahren gesucht wird.



Nachdenkliches zum Finanzkompromiss.

SPD. Ein sehr bedenklicher Punkt in dem Deckungsprogramm des Reichsfi=
nanzministers ist der Vorschlag, 60 Millionen aus der Lohnsteuer, die durch Auf
hebung der Lohnsteuererstattungen frei werden sollen, zur Ansammlung eines Not=
stocks für die Arbeitslosenversicherung zu verwenden. Dieser Vorschlag trifft
in erster Linie die Arbeitslosen; denn Lohnsteuerrückerstattungen gibt es in
der Häuptsache fast nur bei Eintritt von Arbeitslosigkeit. Diese Steuererstat=
tungen sind in vielen Fällen für den Arbeitslosen geradezu ein Geschenk des
Himmels, das ihm über die ersten Schwierigkeiten etwas hinweg hilft, indem es
ihm z.B. ermöglicht, trotz des plötzlich leer gewordenen Geldbeutels noch ein
Kleidungsstück oder ein Paar Schuhe zu kaufen. Die Aufhebung der Lohnsteuerer=
stattungen ist für den Arbeitslosen eine soziale Härte.

Sie ist aber auch, finanzpolitisch betrachtet, eine schlechte Rechnung. Der Finanzminister will 60 Millionen einsparen. Stimmt denn aber die seinem Vorschlag zugrunde liegende Rechnung? Im Rechnungsjahr 1928 machte die Lohnsteuer=rückerstattung 59 Millionen aus. Diese Zahl sinkt aber seitdem ununterbrochen; denn durch die Abwälzung des Betriebsrisikos und mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit werden die Lohnsteuerzahlungsperioden immer kürzer. Für die letzten 10 Monate des ablaufenden Rechnungsjahres dürfte die Rückerstattungssumme höchsten vielleicht 40 Millionen ausmachen. Es ist völlig ausgeschlossen, dass in den noch übrig bleibenden zwei Monaten nun noch 20 Millionen als Rückerstattungsbet trag in Frage kommen können. Selbst bei günstigster Schätzung kann man mit einem solchen Betrag nicht rechnen. Die 60 Millionen stehen also nur auf dem Positier.

Umso mehr sollte man angesichts der mit der Aufhebung der Lohnsteuerers stattung verbundenen unleugbaren schweren Härten für die Arbeitslosen auf den Plan, mit Hilfe der erwähnten 60 Millionen den Notstock aufzufüllen, verzichten. Wenn man den Beitrag für die Arbeitslosenversicherung auf 4% erhöht, brauch man diese 60 Millionen nicht. Eine Beitragserhöhung trifft nicht den Arbeitslosen, sondern den Arbeitenden. Freilich soll man die Regelung der Beitragserthöhung nicht der Reichsanstalt aufbürden. Die Selbstverwaltung ist für wirteschaftliche und sozialpolitische Fragen, nicht aber für politische Fragen da. Die politischen Fragen gehören in den Reichstag. Die Beitragsfrage ist eine poplitische Frage. Sie ist also Sache des Reichstages. Es hat praktisch sehr wenig Sinn, den Kampf um die Neuregelung des Beitrages zunächst in die Reichsanstalt zu verlegen, da jedermann wissen kann, dass dort eine Einigung nicht zu erzielei ist. Wozu also der Umweg? Warum kann der Reichstag nicht gleich selbst entscheit den?

Recht nachdenklich stimmt an dem neuen Finanzkompromiss auch die Tatsache, dass man in ihm kemeMöglichkeit für eine Erweiterung der Krisenunterstützung entdecken kann. Die Aussteuerungen aus der Arbeitslosenversicherung steigen bestreits seit Wochen. Am 31. Januar betrug die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen 250 000, die Zahl der von der Arbeitslosenversicherung und von zusätzlichen Leistungen der Gemeinden Unterstützten 80 000 und die der Fürsorgearbeiter 20 000. Diese Zahlen gelten für die Gemeinden mit über 25 000 Einwohnern. Alle diese Ziffern sind im Laufe des Monats Februar noch weiter in die Höhe gegangen.

Immer wieder muss es gesagt werden: auf dem Rücken der Arbeitslosen sanier

4

man micht eine Arbeitslosenversicherung. Man soll das nicht und man kann das eigentlich auch nicht, wenn man die Arbeitslosen nicht glattweg der Verzweif= Lung ausliefern will.

SPD. Das Statistische Reichsamt hat die Löhne einer Reihe von Industrien. untersucht. Die Ergebnisse dieser Untersuchung liegen bis jetzt vor von wich tigen Zweigen der chemischen Industrie, der Textil- und der metallverarbeiten= den İndustrie, der Holz- und Schuhindustrie und seit kurzem auch von der <u>Bau²</u> industrie Ostdeutschlands. Hierzu wird uns aus dem <u>Deutschen Baugewerksbund</u> geschrieben: Kennern der Verhältnisse war es seit langem kein Geheimnis, dass die amtliche Tariflohnstatistik verfehlt ist. Einen gründlichen Weberblick über die Lohnspannen von Industrie zu Industrie und möglichst auch über die ab= solute Höhe der in den einzelnen Industrien gezahlten Löhne gibt diese Stati# stik nicht, und was sie gibt, ist ein in methodischer Beziehung mehr als an= . fechtbarer Ueberblick über die tariflichen Zeitlöhne. Die Lohnspannen von Industrie zu Industrie, wie sie sich nach der Tariflohnstatistik darstellen, sind, ganz abgesehen von ihren in der Methode begründeten Fehlerquellen, in Wirklich=

keit glattweg irreführend.

Die bisherigen Erhebungen haben ergeben, dass die Zuschläge, die zu den tariflichen Zeitlöhnen gezahlt werden, eine sehr verschiedene Höhe erreichen: Sie stellen sich folgendermassen: in der chemischen Industrie bei Betriebsar beitern im Zeitlohn 19,6%, bei Handwerkern 24,9%; in der metallverarbeitenden Industrie bei den Facharbeitern im Zeitlohn 24,7%, bei den Angelernten 16,2%; bei den Hilfsarbeitern 10%; in der Bau- und Möbeltischlerei bei den Facharbei= tern 8,3%, bei den Angelernten 2,5% und in der Schuhindustrie bei den Fachar= beitern 16,5%. In der Mehrzahl aller Industrien gibt es neben den tariflichen Zeitlöhnen noch einen tariflich garantierten Akkordlohn. Die Verdienste, die im Akkordlohn erzielt werden, gehen über den garantierten Akkordlohn selbstver= ständlich hinaus. Wichtig ist, dass der tarifliche Akkordlohn in der Regel "ber dem tariflichen Zeitlohn liegt und dass auch die zum Akkordlohn verdienten Zu= schläge verschieden ausfallen. Diese doppelte Ueberlagerung der tariflichen Zeitlöhne bringt eine weitere Verschiebung zwischen den Lohnspannungen, wie sie sich nach der Statistik der Tariflöhne ergeben.

Im Baugewerbe ist Akkordarbeit eine auf nur sehr wenige Orte beschränkte Ausnahmeerscheinung und auch dort, wo es Akkordarbeit gibt, ist nur der Zeit lohn garantiert; einen über den Zeitlohn liegenden Akkordrichtsatz gibt es nich Scheidet man die wenigen Vertragsgebiete, in denen im Baugewerbe Akkordarbeit geleistet wird, aus, dann ergeben sich nachstehende <u>Weberschreitungen in den</u> tariflichen Zeitlöhnen: bei den Maurern 2,9%, Zimmerern 0,9%, Hilfsarbeitern 3,8%; Tiefbauarbeitern 2,8%. Das sind die Durchschnittszahlen für die 8 ostel= bischen Vertragsgebiete mit Ausnahme von Gross-Berlin. Die ostdeutschen Durch= schnittszahlen werden mit jedenfalls nur geringfügigen Aenderungen auch im üb=: rigen Reichsgebiet gelten. Die im Vergleich zu den Maurern verhältnismässig hö= hen Ueberschreitungen bei den Hilfsarbeitern erklären sich daraus, dass den Hilfsarbeitern auch Angelernte und angehende Facharbeiter zugerechnet werden die ihrer hohen physischen Leistungen wegen zum Teil besondere Zuschläge erhalten: dabei handelt es sich zum Teil um Zuschläge, die zwar tariflich festgelegt sind, in der Statistik aber nicht unbedingt als tariflich erkennbar sind und deshalb die Spannen zwischen Tariflohn und wirklichem Lohn künstlich vergrössern.

Aus all' dem ergibt sich zweifelsohne, dass beim Bauarbeiter in mindesters 90% aller Fälle - auch dann müssten in Deutschland immer noch rund 200 000 📝 Bauarbeiter im Akkord arbeiten, was ganz ausgeschlossen ist - der tarifliche Zeitlohn mit dem wirklich vereinahmten Lohn nahezu identisch ist, während bei: den übrigen Industrien im Reichsdurchschnitt nachweislich sehr erhebliche Ueber= schreitungen vorliegen.

Die Bauarbeiter können verlangen, dass klare statistische Verhältnisse : geschaffen werden; denn sie haben bei der Legende von den hohen Bauarbeiter= löhnen die Zeche zu bezahlen.

SPD. Was Gewerkschaften für die Arbeiter leisten, zeigt eine Aufstellung des Deutschen Textilarbeiterverbandes über die Ausgaben für soziale Unterstützungen. Danach hat im vergangenen Jahr der Verband an seine Mitglieder us ber eine Million Mark - genau 1 105 000 Mark - Arbeitslosenunterstützung ge= zahlt; davon entfallen allein auf das vierte Quartal 1929 rund 323 820 Marki Die Aufstellung zeigt, dass die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie bereit eine gewisse Stabilität erreicht hat, die sich aus der Rationalisierung ergibt Tausende und Abertausende von Textilarbeitern nehmen die ihnen nach dem Ver= banāsstatut zustehende Unterstützung voll in Anspruch, da für sie keine Mög⇒ lichkeit besteht, in den Produktionsprozess eingereiht zu werden.

Die Beiträge, die der Verband für Krankenunterstützung im vergangenen Jahr ausgegeben hat, übersteigen gleichfalls weit 1 Million; sie beziffern sic.

auf 1 297 000 Mark.

Das sind Zahlen, die sprechen. In ihnen spiegelt sich der soziale Wert der Gewerkschaften. Mit diesen Millionenbeträgen hat der Deutsche Textilarbei= terverband bei seinen arbeitslosen und kranken Mitgliedern viel Not und Elend. gemildert und manche Träne getrocknet.

SPD. Die in Braunschweig geführten Verhandlungen zur Schlichtung des Ta= rifkonfliktes der Mass-Schneider haben zur Fällung eines Schiedsspruchs ge= Der Spruch ist, wie wir hören, wenig befriedigend. Ein endgültiges Ur= teil über ihn lässt sich jedoch erst fällen, wenn er im Wortlaut - er ist über aus umfangreich - vorliegt. Die Erklärungsfrist für die Parteien läuft bis zum 25.März.

SPD. Was tut der Amerikanische Gewerkschaftsbund für den Neger? Diese Frage wird in der Gewerkschaftsbewegung der Vereinigten Staaten von den fort= 1 schrittlichen Elementen von Tag zu Tag stürmischer gestellt. Die bisher von dem Gewerkschaftsbund in der Negerfrage angewandten Organisationsmethoden werden einer scharfen Kritik unterzogen. Das Ergebnis dieser Kritik besteht in der Schlussfolgerung, dass es dem farbigen Arbeiter genau so wie dem weissen gestattet sein müsse, den bestehenden Gewerkschaften in Massen beizutreten. Im anderen Fall sei der Fortschritt der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung ernst haft in Frage gestellt.

Von den dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen 105 Verbänden wollen 26 von dem Neger überhaupt nichts wissen, und der Bund kann gegen die schroff abwei= sende Haltung dieser Verbände kaum etwas tun. Der Versuch, mit der Bildung forbiger Sonderverbände um die Schwierigkeiten herumzukommen, ist total fehlge schlagen. Alle Sonderverbände für farbige Arbeiter sind zum Absterben verur teilt; denn der Farbige fühlt sich als Mitglied solcher Verbände nur von neuem

> 3.1 1882 un

> >

dekhassiert.



Schacht geht.

93 1...

SPD. Als die Einberufung des Zentralausschusses der Reichsbank für Freitag mittag bekannt wurde, wusste man allgemein, dass sich der Zentralausschuss für eine abermalige Senkung des Diskontsatzes aussprechen werde. Man erwartete die bekannte Rede des Reichsbankpräsidenten, mit der er seit Jahren Diskontera höhungen und Diskontsenkungen begründet. Es standen also Dinge auf der Tagesom nung des Zentralausschusses, die wirklich keine Sensation bringen konnten. And einen Rücktritt des Reichsbankpräsidenten hatte keiner gedacht; selbst die Teute mit der guten Nase an der Berliner Börse in der Burgstrasse wurden von dies ser Sensation überrascht.

Die Nachricht vom Rücktritt des Bankpräsidenten wird von der Reichsbank selbst durch folgendes Kommuniqué angezeigt: "Reichsbankpräsident Dr. Schacht gab dem Zentralausschuss bekannt, dass er die erforderlichen Schritte gemacht habe, um eine vorzeitige Beendigung seines Dienstvertrages herbeizuführen. Der Grund zu diesem Entschluss liegt in seiner Auffassung vom Haager Schlussprotokoll. Dr. Schacht wird jedenfalls so lange im Amte verbleiben, bis über die Wahl eines Nachfolgers Entscheidung getroffen werden kann."

Die Nachricht von dem Rücktritt Schachts wurde wohl zuerst an der <u>Berl註</u> ner Börse bekannt, Der Börsenberichterstatter des "Sozialdemokratischen Presse dienst" gibt über die Auswirkungen der Nachricht folgende Schilderung: "Auch ohne den grossen Krach am Freitag wäre es wieder einmal eine Woche des Miss= vergnügens an der Börse gewesen. Schon bis Donnerstag waren die Kurse langsåm, aber sicher heruntergegangen, so z.B. die Siemensaktien von 256 auf 246%. Dann aber kam der "schwarze Freitag", wieder einmal ein Geschenk Dr. Schachts fürdie Börse (Siemens 242%). Nur weil er sein Amt niederzulegen bereit ist, hat / die Spekulation eine unmenschliche Furcht befallen, obwohl sie den gleichen Dr. Schacht seit Jahren als Feind der Börse bezeichnet hatte. Das ist die <u>übliche</u> Unlogik der Börse. Doch wie dem auch sei, Tatsache ist, dass die Kurse am Freitag in einem Tempo fielen, wie wir es seit dem bekannten Maikrach nicht mehr erlebt haben. Innerhalb weniger Minuten sanken die Kurse um 5 bis 10 %. Es. zeigte sich ein Bild innerer Haltlosigkeit, wie es schlimmer nicht sein kann Arme Börse, die sich so schnell aus dem Geleise bringen lässt! Allerdings ist ihr zu gute zu balten.dass sie seit geraumer Zeit zermürbt worden ist."

Die Plötzlichkeit des Rücktritts des Reichsbankpräsidenten erklärt sich aus seinem sprunghaften Charakter. Schacht ist der Mann, der als Jüngling über schwengliche Gedichte fabrizierte und später unter die Geldaristokatie ging derselbe Mann, der sich der Demokratischen Partei anschloss undohne stichhaltigen Grund aus derselben wieder austrat; der Mann, der an der Entstehung des Youngplanes hervorragend beteiligt war, seinen Namen unter ihn setzte und dann über Nacht in einem Memorandum dagegen protestierte. Die Plötzlichkeit und Sprunghaftigkeit Schachts hat in Fachkreisen sehr oft bedenklich gestimmt. In dieser Sprunghaftigkeit lag immer eine Gefahr für die ruhige Entwicklung, die die Wirtschaft eben notwendig hat. Niemand wusste, wann und wohil "Jupiter" Schacht demnüchst seine Blitze schleudern würde, die das mit den Nä

Schacht war nicht der Mann, den die deutsche Geldpolitik brauchte. Unter ihm haben die Zügel der Diskontpolitik zu Boden geschleift. Schacht hat nie mals Geldpolitik gemacht; er ist vielmehr immer mit seinen Massnahmen der Prie vatfinanz und den Ereignissen auf dem Geldmarkt nachgelaufen. Seine Restriktionspolitik, besonders im verflossenen Jahr, hat der Wirtschaft schwere Schädzugefügt. Seine unverständliche Haltung in Paris trug mit zu den Kursschwanzugefügt. Seine unverständliche Haltung in Paris trug mit zu den Kursschwanzugefügt. Seine unverständliche Haltung in Paris trug mit zu den Kursschwanzugefügt. Seine unverständliche Haltung in Paris trug mit zu den Kursschwanzugefügt. Seine unverständliche Haltung in Paris trug mit zu den Kursschwanzugefügt. Seine unverständliche Haltung in Paris trug mit zu den Kursschwanzugefügt. Seine unverständliche Haltung in Paris trug mit zu den Kursschwanzugefügt. Seine unverständliche Haltung in Paris trug mit zu den Kursschwanzugefügt. Seine unverständliche Haltung in Paris trug mit zu den Kursschwanzugefügt. Seine unverständliche Haltung in Paris trug mit zu den Kursschwanzugefügt. Seine unverständliche Haltung in Paris trug mit zu den Kursschwanzugefügt. Seine unverständliche Haltung in Paris trug mit zu den Kursschwanzugefügt. Auf die Summe von 500 Mil lionen Mark in Gold gekostet. Seien wir froh, dass wir diesen Mann loss sind. Auf die Pauer hätte er der deutschen Wirtschaft noch mehr gekostet. Wir glaufben, dass mit seinem Rücktritt größerem Schaden vorgebeugt ist.

Wenn sich Schacht jetzt zu seinem Rücktritt entschlossen hat, so folgt er wiedermal hemmungslos seinem Ehrgeiz. Man weiss, dass er mit dem Lauf der Dinge in den letzten Wochen nicht zufrieden war. In der Rolle der "gekränkten Leber wurst" fühlte er sich aber auch nicht wohl. Sein Rücktritt ist in diesem Sin ne ein anderes Memorandum. Er will gegen den Youngplan mit grosser Geste pro-

testieren. Er will politische Komplikationen schaffen.

Wir hoffen, dass Schacht damit bei den Koalitionsparteien kein Glück haben wird. Wir haben auch das feste Vertrauen zu der währungspolitischen Aufgeklärtheit des deutschen Volkes, dass es infolge des Rücktritts Schachts zu keinem Zweifel an der Festigkeit der deutschen Reichsmark, geschweige zu einer Panik kommen wird. Das wäre so unbegründet, wie nur irgendetwas unbegründet sein kann. Die Festigkeit der Mark ist nicht an die Person Schachts gebunden, sonedern an ihre Deckung, an ihre gesetzliche Untermauerung und zuguterletzt an ihre Untermauerung durch die Wirtschaftskraft Deutschlands. Wer auf Grund des Rücktritts des Reichsbankpräsidenten sein Geld von den Sparkassen holen sollete, treibt Unfug, schädigt sich selbst, schlägt die deutsche Wirtschaft und die deutsche Nation.

Von Interesse sind auch Ausführungen, die Schacht in einem besonderen Kommuniqué über die Frage seiner Pension der Oeffentlichkeit übermittelt. Er beschwert sich darüber, dass von Zeit zu Zeit Nachrichten über Höhe der Dienstbezüge und über Abfindungen des Reichsbankpräsidenten und der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums durch die Presse gehen, die neuerdings sogar zu Anfrägen im Parlament geführt hätten. Die genannten Jahlen seien aus der Luft gegriffen Schacht selbst zieht es aber vor, keine Zahlen zu nennen. In den Mitteilungen Schachts heisst es zum Schluss: "Entsprechend den Bestimmungen des Bankgesetzes werden die dienstlichen Bezüge für Präsident und Mitglieder des Reichsbankdierektoriums vom Generalrat der Reichsbank festgesetzt, der für sich das Verstrauen beanspruchen kann, dass er dabei nach angemessenen Masstäben verfährt. Abfindungen beim Ausscheiden aus dem Dienst werden weder an den Präsidenten noch an die Mitglieder gezahlt. Für die Tätigkeit des Präsidenten und der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums bei der Golddiskontbank werden Vergütungen oder Entschädigungen irgendwelcher Art nicht gewährt."

SPD. Der Zentralausschuss der <u>Reichsbank</u> setzte am Freitag den <u>Diskontensatz</u> von sechs auf 5½ % und den Lombardsatz von sieben auf 6½ % herunter. Die Massnahme werde von dem Reichsbankpräsidenten wie folgt begründet:

"Die Inanspruchnahme der Bank, die sich in der Höhe der gesamten Kapital= anlage in Handelswechseln, Reichsschatzwechseln, Lombardkrediten und Effekten ausdrückt, ist von 3191 Mill. Mark Ende 1929 auf 2315 Mill. Ende Januar zurück= gegangen und hält sich mit 2382 Mill. Ende Februar weiter ungefähr auf diesemsehr ermässigten Stand. Eine ähnliche Entwicklung zeigt der Umlauf an Reichs= banknoten und Rentenbankscheinen, der von 5441 Mill. Ende Dezember auf 5026 Mill. Ende Januar und 5087 Mill. Ende Februar gesunken ist. Während, wie diese

leik em

È

Ziffern zeigen, der saisonmässig in dieser Zeit zu beobachtende Rückgang der Beanspruchung sich seit der letzten Diskontermässigung am 4. Februar nicht weiter ausgeprägt hat, haben sich die Zuflüsse an Gold und Devisen in den letzten Wochen beträchtlich erhöht; die Bestände der Bank an Gold und Deckungsdevisen sind von 2687 Mill. Ende Dezember 1929 auf 2694 Mill. Ende Januar und seitdem weiter um 134 Mill. auf 2828 Mill. Mark Ende Februar angewachsen, so dass sich die Deckung der Noten durch Gold und Devisen an diesen Ultimoterminen von 53,3 % auf 57,9 % und 59,9 % hob."

Die Reichsbank ist der Auffassung, dass die im Frühjahr zu erhoffende über liche Saisonbelebung der Wirtschaft eine starke Kreditbeanspruchung mit sich bringen wird. Doch sieht sie darin keinen Grund, der Wirtschaft die mögliche

Erleichterung zu versagen.

Die abermalige Herabsetzung des Diskontes bedeutet eine weitere Entlastung für die Wirtschaft. Sie wird aber nur dann für die Ankurbelung der Wirtschaft in Frage kommen, wenn die Diskontermässigung endlich in Richtung einer Preissenkung wirkt.

SPD. Am Freitag wurde in Berlin-Charlottenburg in Anwesenheit zahlreicher Vertreter von Wissenschaft und Technik ein neues Forschungsinstitut seiner Bestimmung übergeben. Es handelt sich um ein von der Reichspost, dem Verband deutscher Elektrotechniker und Grossfirmen der Radioindustrie gemeinsam gegründetes und errichtetes Institut, das der Erforschung elektrischer, akustischer und mechanischer Schwinzungen dienen soll. Das Institut steht unter der Leitung des ehemaligen Präsidenten des Reichspost-Zentralamtes, Professor Dr. Wagner, auf dessen Initiative seine Gründung zurückzuführen ist. Zum ersten Mal ist hier der Gedanke verwirklicht, das für die ganze Technik so wichtige Gebiet der Schwingungen verschiedener Art in seiner Gesamtheit systematisch zu durch forschen.

Das Tätigkeitsfeld des neuen Instituts gliedert sich in fünf Teilgebiete Die Gruppe allgemeine Elektrotechnik umfasst alle allgemeinen Schwingungsfra gen auf dem Gebiet der Elektrizitätslehre. Die Gruppe Telegraphie und Fern= sprechen dient der Erforschung der Störungen, der Messung von Wellen und Kapazitäten, der Förderung des Fernsehens und ähnlichen Aufgaben. Eine weitere Gruppe umfasst die Hochfrequenz= und Funktechnik. Ihr harren zahlreiche Fra= gen hinsichtlich der Wellenausbreitung usw. der Lösung. Die vierte Gruppe dient akustischer Forschung und dürfte insbesondere für die Verbesserung der Sprech- und Musikübertragung durch Funk und Tonfilm Bedeutung gewinnen. Die letzte Gruppe umfasst die Erforschung mechanischer Schwingungen, z.B. der Erf schütterung von Boden und Hauser durch den Strassenverkehr, von Fundamenten durch Arbeitsmaschinen und dergleichen. Auch die Materialschwingungen, die in der Technik neuerdings erhöhte Beachtung finden, weil sie für die Entwick lung schnell laufender Maschinen und Materialausnutzung im Verkehrswesen über aus wichtig sind, fallen in das Arbeitsgebiet. Die einheitliche Durchforschung dieser verschiedenartigen Gebiete unter den gemeinsamen Gesichtspunk ten der Schwingungsforschung verspricht für die Technik wesentliche Erfolge

SPD. Die preussische Staatsregierung ist sich über eine Neuregelung der Ausbildung von Gewerbelehrern und Gewerbelehrerinnen schlüssig geworden. Im Laufe der Jahre konnte man bereits einen völligen Wechsel hinsichtlich der Anwärterschaft für diesen Beruf beobachten. Einem unverkennbaren Rückgang der Volksschullehrer steht ein starkes Anschwellen der Absolventen höherer Fache schulen und der Praktiker gegenüber. Dieser Entwicklung folgend hat sich die Bandelse und Gewerbeverwaltung von Anfang an darauf eingestellt,den Gewerbelehrern der Zukunft in stärkerem Umfang der Praxis zu entnehmen, wobei alleredings den Abiturienten und Volksschullehrern der Eintritt in die Gewerbelehrere laufbahn nicht verschlossen werden soll.

Die von der preussischen Regierung geplante Neuregelung liegt auf der Iiine des Grundsatzes, dem Tüchtigen den Aufstieg und den Weg nach oben zu öffien nie des Grundsatzes, dem Tüchtigen der höheren Schulen und legt eine Bresche Sie bricht mit der Bildungsprivileg der höheren Schulen und legt eine Bresche in die viel erörterte Berechtigungswesen. Der preussische Landtag hat dem nächst im Rahmen der Etatsbewilligung zu zeigen, ob er diesen neuen Ideen zusänglich ist. Eine Reorganisation in dem Sinne, wie sie die preussische Regiestung plant, ist nicht nur ein Wirtschaftsbedürfnis, sondern auch ein staatsvung plant, ist nicht nur ein Wirtschaftsbedürfnis, sondern auch ein staatspolitisches Erfordernis. Der Besucher der Berufsschule braucht ohne Zweifel politisches Erfordernis. Der Besucher der Berufsschule braucht ohne Zweifel eine besonders geartete Lehrerpersönlichkeit. Diese muss der Praxis, der Wirtschaft nahestehen, aber auch eine Ausbildung haben, die der in den höheren Schuschaft nahestehen, aber auch eine Ausbildung haben, die der in den höheren Schuschen gleichwertig ist. Dem sucht die preussische Regierung Rechnung zu tragen, der gleichwertig ist. Dem sucht die preussische Regierung Rechnung zu tragen,

Die Ausbildung zum Gewerbelehrer bezw. zur Gewerbelehrerin soll an 4 Begrufspädagogiechen Instituten erfolgen. Die Institute besorgen die wissenschaftliche Ausbildung der Studierenden in Zusammenarbeit mit den Handelshochschulen oder mit den wirtschaftse und sozialwissenschaftlichen Fakultäten anschulen oder mit den wirtschaftse und sozialwissenschaftlichen Fakultäten anschulen derer Hochschulen, an denen die Studierenden der Berufspädagogischen Institutezu immatrikulieren sind. (4 Semester) Für den Anschluss an die Handelshochschulen sprechen vor allem Sparsamkeitsgründe. Man will so die Schaffung besonderer Einrichtungen vermeiden. Voraussetzung für die Durchführung dieses Planes muss jedoch sein, dass die Handelshochschulen bezw. die anderen Hochschulen für die Anwärter oder künftigen Gewerbelehrer keine Sondereinrichtungen trefen

Als Ort der 4 Berufspädagogischen Institute kommen Berlin, Frankfurt a.M., Köln und Königsberg in Frage. Voraussetzung für die Regelung ist, dass die GeKöln und Königsberg in Frage. Voraussetzung für die Regelung ist, dass die Gewerbelehrerinnenseminare fortfallen. Die Verteuerung der Ausbildungskosten dürfte zum grössten Teil durch die vorgesehene Studiengeldfreiheit und Stipendürfte zum grössten Teil durch die vorgesehene Studiengeldfreiheit und Stipendien (pro Kopf und pro Jahr 150 Mark) ausgeglichen werden. Die Verteilung der Stipendien soll dem rundsatz des Aufstiegs des Tüchtigen von unten auf entsprechen.

Für die Aufnahme der Studierenden sind folgende Richtlinien massgebend:

"Diplomingenieure und Absolventeh der Höheren Fachschule mit dem Nachweis der

"Diplomingenieure und Absolventeh der Höheren Fachschule mit dem Nachweis der

Bewährung in verantwortlicher praktischer Tätigkeit werden ohne Prüfung zum

Studium für den Gewerbelehrerberuf zugelassen. Abiturienten und Volksschul=

Studium für den Gewerbelehrerberuf zugelassen. Abiturienten und Volksschul=

lehrer (alter und neuer Ausbildung) haben beim Nachweis einer mindestens zweit

jährigen praktischen Tätigkeit eine fachliche Eignungsprüfung in der von ihner

jährigen praktischen Tätigkeit eine fachliche Eignungsprüfung

selbst gewählten Fachrichtung abzulegen, sofern sie nicht die Gesellenprüfung

bestanden haben. Praktiker Meister und Facharbeiter haben eine Eignungsprüfung

abzulegen, die selbstverständlich den Nachweis einer ausreichenden Allgemein=

abzulegen, die selbstverständlich den Nachweis einer ausreichenden Allgemein=

bilding erbringen, aber sich nicht so sehr auf theoretisches Wissen, sondern meh.

bilding erbringen, aber sich nicht so sehr auf theoretisches Wissen, sondern meh.

Bewährung und Erfahrung

auf Reife des Urteilchens und Denkens, auf berufliche Bewährung und Erfahrung

sowie auf gründliches berufliches Wissen erstrecken soll."

ŧ

Börsenbericht

für die Woche vom 3. bis 8. März.

Eindruck des Rücktritts Schachts. Man kann rubig sagen, dass die Nachricht von dem Rücktritt des Beichsbankpräsidenten, die während der Börsenzeit eintraf, einen zweiten schwarzen Freitag auslöste. Allerdings waren schon die Kurse Mitte der Woche langsam heruntergegangen, trotzdem sich die Diskontsenkungen in aller Welt geradezu jagen. London, Stockholm, Kopenhagen, St. Louis und Berlin haben niedrigere Diskontsätze bekommen. In normalen Zeiten hätte das die Kurse sprungbaft in die Höhe getrieben. Jetzt ist man zufrieden, wenn die Diskontwelle die Kurse um 1 bis 3 Punkte bebt. Man ist bescheiden geworden an den Börsen! Was man aber mit Hilfe der Diskontermässigungen erzielte, hat der Rücktritt Schachts weggenommen und zerstört. Die Kurseinbrüche sind sehr beträchtelich. Man kann von einem Kurssturz auf der ganzen Linie sprechen. Es hat eine starke Abgabewelle eingesetz, die die Bezeichnung "schwarzer Freitag" sehr wohl verdient.

Selbstverständlich ist die Wirkung der Börse zum Teil auf <u>Ueberrumpelung</u> zurückzuführen. Die Börse müsste eigentlich auf den Rücktritt Schachts anders reagieren, war sie es doch, die den Reichsbankpräsidenten immer als "Feinder Börse" bezeichnete und auf den sie den Kursverfall immer wieder zurückführte: Darauf hat sich die Börse aber am Freitag nicht besonnen. Sie gab der Ueberrumpelung eben nach. Selbstverständlich wird sie in den nächsten Tagen korrie gieren und die Kurse wieder mehr den tatsächlichen Verhältnissen anpassen. Hierbei ist aber immer noch massgebend, dass die Geldmärkte sich verflüssigt haben.dass das Ausland, auf das aber auch die deutsche Börsen angewiesen sind nicht kauft. Amerika bleibt vor allem dem Markt fern. Die Börsenkatastrophen sind dort immer noch nicht überwunden. Darauf weist auch bin, das die sonst in dieser Jahreszeit von den Amerikanern überfüllten Badeorte wie die Riviere diesesmal leer stehen. Gerade die deutschen Börsen brauchen aber ausländisches Kapital, das in deutschen Aktien Anlage sucht, um freundlicher gestimmt zu werden. In diesem Sinne würde ein kräftiger amerikanischer Vorstoss in unseren Aktienmarkt die Wirkungen des Sachachtschen Rücktritts im Nu vergessen lassen.

Der Deutsche Städtetag wendet sich in einer Eingabe an die Reichs regierung gegen die Fortführung der Beratungsstelle auch in einer veränderten Form und verweist auf seinen Vorschlag, die Verantwortung für eine künftige kommunale Auslandsanleihepolitik einem besonderen Ausschuss der kommunalen Selbstverwaltung anzuvertrauen, der in seiner Gutachtertätigkeit ebenso die kommunalwirtschaftlichen wie die gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkte berücke sichtigen wurde. Der Deutsche Städtetag sei bereits, diese Gutachtertätigkeite durch den von ihm bereits im Oktober 1929 eingesetzten Kreditausschuss zu über nehmen. Aufgabe dieses aus städtischen Finanzsachverständigen und Vertretern des Spitzeninstituts der kommunalen Geldversorgung, der Deutschen Girozentrale bestehenden Ausschuss wird es sein, zu den Anträgen auf Auslandsanleihen alle deutschen Städte einheitlich in massgebender Begutachtung Stellung zu nehmen Eine Teilung der Verantwortlichkeit in der Weise, dass etwa die Frage der Wir schaftlichkeit und Dringlichkeit getrennt in einem kommunalen Gremium begute achtet, über die praktischen marktmässigen Möglichkeiten der Anleihebegebung dagegen in einem staatlichen Organ die massgebliche Entscheidung getroffen wij de müsse der Deutsche Städtetag ablehnen.

Ohne Stützung.

(Berliner Getreidebörse vom 7. März.)

SPD. Die Roggenkurse wurden an der Berliner Produktenbörse auch am Freistag nicht gestützt. Da ziemlich umfangreiches Angebot vorlag und auch sonst wesing Kauflust bestand, gingen die Notierungen für effektive Ware um etwa 7 Mark zurück, sodass sich die Preisverluste des Roggens gegenüber den wochenlang durchgehaltenen Stützungskursen in den beiden letzten Tagen auf etwa 10 Mark be Paufen. Auch am Markte der Zeitgeschäfte waren Preisrückgänge für spätere Sich ten von 1 – 2 Mark festzustellen. Demgegenüber hatte Weizen eine bemerkenswert feste Tendenz. Die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte lagen bereits 1½ – 3 Mark böher und konnten sich im Verlaufe der Börse weiter um ca.l Mark befestigen. Vom Inland war prompte Ware sehr schwach angeboten und wurde von den am Kauf interessierten Mühlen um 1 Mark höher bezahlt. Das Mehlgeschäft hatte keine irgendwie nennenswerte Belebung erfahren. Beide Sorten waren nach wie vor zu unveränderten Preisen angeboten, Hafer konnte seinen Preisstand ungefähr behaupten. Es fanden keine Umsätze statt. Die Exportnachfrage ist etwas ruhiger geworden.

•	<u>6.Marz</u>	7.Marz
	(ab märkische	Station in Mark)
Weizen	230 - 233	231 - 234
Roggen	155 - 16 0	149 - 153
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter= und Industriegerste	140 - 150	140 - 150
Hafer	121 - 131	121 - 131
loco Mais Berlin	15 7 - 159	15 7 - 1 59
Weizenmehl	27,50 - 34,50	27 , 75 - 34 , 50
Roggenmehl	20,75 - 24,00	20,50 - 24,00
Weizenkleie	8,00 - 8,50	8,00 - 8,50
Roggenkleie	7,25 - 7,75	7,25 - 7,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 244 und Geld, Mai 254 is 255, Juli 263 - 264 Geld. Roggen März -, Mai 170, Juli 1692 - 170. Hafer

irz - Mai 1364, Juli 1424 Geld.

Berliner Viehmarkt.

SPD. Der <u>Schweinemarkt</u> war reichlich beschickt. Andererseits liegt das Geschäft am Fleischgrossmarkt sehr gedrückt. Der Handel vollzog sich deshalb schleppend. Die Preise gaben nach. Die Tendenz stimmt ungefähr mit der auf den übrigen deutschen Märkten überein. Nur Stuttgart machte eine Ausnahme. Auf dem <u>Kälbermarkt</u> wurden beste Mast= und Saugkälber gefragt. Im übrigen war der Markt gut beschickt. Dementsprechend entwickelte sich die Preisgestaltung. Der Auftrieb auf dem <u>Rindermarkt</u> genügte der Nachfrage. Die letzten Notierungen konnten beshauptet werden.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kübe: 42-47 (voriger Markt 42-46), b) 34-40 (34-40), c)29-32 (29-32) d)23-28 (23-28), Kälber: a)-, b)73-80 (72-78), c)60-72 (60-73), d)45-58 (48-58), Schweine a) (über 300 Pfund) 73-74 (75-76) b)(240-300 Pfd.) 73-74 (75-76), c) (200-240) 72-74 (75-76), d)(160-200 Pfd.) 70-72 (73-74), e)(120-160 Pfd.) 68-70 (70-72),

f) (unter 120 Pfund) -, g) (Sauen) 67-68 (69-70).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNG SBEILAGE DES S+P+D

Berlin, ben 7. März 1930.

Das Mysterium der Technik.X

Von Maurice Renard.

SPD. Das Wunder vollzog sich bei mir in Paris, in meinem Arbeitszimmer, um 10. Uhr abends. Vier Zeugen, Régis Maublanc, seine Frau, meine Schwester,

Suzy und ich, vermögen das Geschehen zu bestätigen.

Wir hatten das Abendessen beendet. Nichts Aussergewöhnliches hatte sich da bei zugetragen, nichts, was unsre Sinne erregt hätte. Auch hatte sich bei keine von uns eine Überreizung der Nerven oder eine besondere Müdigkeit geäussert; im Gegenteil, wir alle waren heiter und völlig ausgeglichen. Unvorstellbar, däss uns in dieser beruhigten Atmosphäre etwas wie eine "Kollektiv-Halluzinatiom" überkommen konnte. Wir sprachen von Dingen, die nichts mit dem Vorgang, über den hier berichtet werden soll, zu tun hatten. Ein wohliges Licht durchflutete das Zimmer, das, wie ich feststellen möchte, besonders still und abgeschieden gelegen ist.

Wie jeden Abend, stellte ich, ohne dem mehr Bedeutung als sonst beizumessen, den Radioapparat an und bastelte an den verschiedenen Schrauben und Knöpfen. Suzy, meine Schwester, griff nach der Funkzeitung, um das Tagesprogramm durchzusehen. Man hörte die üblichen Laute und Geräusche des Lautsprechers, ein Knirschen und Knacken, als würden irgendwo unsichtbare Katzen gereizt und wütend miauen... Suzy riet mir, die Station von Toulouse zu wählen, und ich machte mich daran, den Apparat entsprechend einzustellen. In diesem Augenblickich entsinne mich dessen ganz genau - machte Régis, der, tief in einen Sessel gedrückt, seine Zigarette rauchte, folgende Bemerkung: "Warum gerade Toulouse? Warum nicht lieber eine zufällig gefundene Station? Gibt es etwas Erschütterndes als jene klagenden, ächzenden Laute, die aus dem Ungewissen zu kommen scheinen?... Hört doch! Diese Schmerzensschreie! Und diese Trommeln!"

Ich wendete mich lächelnd zu Régis, den Apparat immer noch nicht fest einstellend, um ihm seinen Spass zu lassen. In diesem Augenblick jedoch begann das Wunderbare! Régis war aufgestanden und horchte erregt. Ich bedeutete Suzy mit einem heftigen "Ruhig!", ihr lautes Lesen einzustellen. Und alle drei lauschten wir dem rhythmischen dumpfen Grollen, das aus dem Lautsprecher drang.

"Das sind bestimmt Trommeln!"

"Du bist verrückt," murmelte Frau Maublanc.

"So hören Sie doch nur," rief ich aufs höchste bestürzt, "das alles entspricht doch in keiner Weise dem Tagesprogramm. Régis hat Recht: dieser Lärm rührt von mindestens 20 Trommeln her. Und hinter diesem Trommeln hört, spürt, fühlt man das Toben und Schreien einer brausenden Menge."

Nun verstummten die Trommeln und es entstand plötzlich ein furchtbares Lärmen und Toben wie von rasenden Menschenmassen. Ich griff mir an die Stirne. "Das ist doch ganz unmöglich," flüsterte ich atemlos, "meine Phantasie geht mit mir durch." Dann aber mischten sich unterschiedliche Stimmen in das Gem töse: "Hoch die Nation!" - "Freiheit oder Vernichtung!" Die Fistelstimme eines Weibes oder eines Kindes kreischte. Dann wälzte sich wie eine Welle ein Schwall gemeinster Schimpfwörter heran, die tollstes Geschrei auslösten. Und hinein schnitt plötzlich ein militärischer Befehl, kurz, knapp, den die Trommler mit bösartigem, zu betäubendem Donner anschwellendem Grollen erwiderten. In diesen

Tumult mischte sich plötzlich der ufbrechende Schrei aus tausenden Kehlen; erst undeutlich, dann vernehmbarer, sich rasend fortpflanzend: "Nieder! Nieder mit ihm!"

Régis betrachtete mich tief erschüttert. Die beiden Frauen rückten stumm dem Lautsprecher näher. Nach und nach flaute der Lärm ab. Eine erschreckte, zerrissene, verwirrte Stimme schrie noch einmal auf: "Bürger...ich beschwöre Euch...niemals...beim Glück des Volkes...!" Dann krachten Schüsse, und dann ein dumpfer Fall, wie wenn eine schwere Masse zu Boden fällt – und alles war vorbei. In allen Gliedern spürten wir erstarrendes Entsetzen. Régis streckte den Arm aus. Er wies auf einen Kalender, und ich gewahrte das Datum des 21. Januar.

Der Lautsprecher krachte, als wäre nichts vorgefallen - das alltägliche Programm.

"Wirklich gelungen!" unterbrach Frau Maublanc die lautlose Stille. "Ein Wenig düster, aber sehr eindrucksvoll. War das Toulouse oder Paris?"

"Keines von beiden, gnädige Frau. Dort liegt das Sendeprogramm. Keine einzige Station zeigt die Übertragung dieses erschütternden Geschehens an."

"Man muss aber dieses Rätsel lösen," fiel Régis aufgeregt ein. "Alles erscheint heute möglich bei der Fülle technischer Erfindungen, die das Übersinnlichste erhellen."

"Ich werde sogleich Herrn Mariel, den Historiker, anrufen," rief ich dazwischen. "Er wohnt unter uns. Unsre beiden Antennen begegnen sich auf dem Dache. Vielleicht hat auch er das Wunder erlebt."

Mariel gab mir auf meine Frage wörtlich die folgende Antwort: "Ah...mein lieber Nachbar...nein, nein, den Lautsprecher, den hatte ich abgestellt... fühlte mich für das Radio heute nicht aufgelegt. Sie wissen doch, ich bin Royalist...wie, Sie wussten es nicht?...Nun, heute ich doch der 21.Januar, der Tag des Vollstreckungsbefehls, der Ludwig XVI. den Kopf kostete...Wie...ja, lieber Freund, ich sage Ihnen offen, dass mich meine historischen Erinnerungen so übermannten, dass ich nicht widerstehen konnte, die fürchterliche Szene des 21.Januar 1793 in allen Einzelheiten im Geiste zu durchleben – und da habe lich es denn vorgezogen, ohne Lautsprecher, mit meinen Träumen allein zu bleiben."

Ich hatte genug gehört, wünschte ihm eine gute wacht und hängte mit einer

Plötzlichkeit ab, die ihn sicherlich erstaunt hat.

"Nun? Was gibt es?" drangen alle in mich. Aber ich war wie benommen, unfähig, Rede und Antwort zu stehen. Ich konnte nur verworren vor mich hinmurmeln: "Und unsre beiden Antennen stehen da oben auf dem Dach, eine neben der anderen. Gibt es das? Sollte es das geben? Einegehörmässige Übertragung des Gedankens?.. Ist das denkbar...ist das zu rassen?..."

Man bestimmte mich, zu berichten. Ich tat es.

"Ach!" sagte Suzy enttäuscht, "nicht weiter, garnichts weiter ist das gewesen?" Und sie verzog geringschätzig den Mund.

Dies ist das Geschehnis, das sich am Abend des 21. Januar 1930 in mysteriöser Einfachheit zugetragen hat. (Deutsch von Hans Blum.)

Fünf tolle Tage.

SPD. Zum 10. Jahrestage des Kapp-Putsches ist es geradezu eine Notwendigkeit, an jene fünf tollen Tage zu erinnern, die uns die Gegenrevolution mit ihrer entfesselten Soldateska bescherte. Der Militarismus, der ewige Bundesgenosse des Kapitals, hatte sich damals wieder breitgemacht, und die Unternehmerpresse sang ihm das Lob. Die "Deutsche Zeitung" bevorschusste bereits am 4. März
1920 den künftigen Putschisten Ehrhardt mit Lorbeeren. "Auf dem Felde von
Döberitz steht im Schmuck der Waffen die 2. Marinebrigade unter ihrem Führer

Kapitän Ehrhardt. Eine Kerntruppe bester Art, bewährt im Kampf gegen den äusseren und inneren Feind. Fest gefügt in Vaterlandsliebe, Disziplin, Kameradschaft und Treue gegen den Führer hat die Brigade auf ihrem Zuge von Wilhelmshaven über Berlin, Braunschweig, München nach Oberschlesien der jetzigen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung unschätzbare, selbstlose Dienste geleistet. Am 17. Februar bestand sie ein Jahr. Heute beabsichtigt die Regierung im Gefühl ihrer Sicherheit die Auflösung! Die Parade zur Wiederkehr des Gründungstages nahmen am 1. März Exzellenz von Lüttwitz und von Trotha ab. Mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen zogen die Sturmkompagnie, die Bataillone, Aratillerie, Maschinengewehr- und Scheinwerferzüge in vorzüglicher Verfassung vorüber. Dann Feldgottesdienst unter blauem Frühlingshimmel - wie einst. Nachmittags Sportfest und abends frohes Beisammensein - alles wie einst. Auch das Wetter - Hohenzollernwetter! Nur einer fehlte!"

Der Eidbrecher von Lüttwitz hatte den Putsch durch Vertrauensmänner glänzend vorbereitet. Der nachstehende Stellungsbefehl, der in ähnlicher Form nicht nur an Offiziere, sondern auch an Mannschaften geschickt wurde, verdient der Nachwelt erhalten zu bleiben:

Sturmbataillon der 3.Marinebrigade (Kiel)
BN G14

z.Zt. Oels i.Schl. Deutsche Feldpost 23.2.1920.

Herrn Fähnrich z.S. G!

Die telegraphische Aufforderung wird Sie unter dem Stichwort "Beerdigung am... Datum...Ort...Unterschrift Georg" erreichen, was also heissen soll, dass Sie sich an dem angegebenen Ort und dem angegebenen Tag einfinden sollen. Zusage erbeten sofort an meine Adresse. Es brennt! Wir rechnen auf Sie!

mit kameradsch. Gruss Georg Mengsehl, Oberleutnant z.S., Ordonnanzoffizier.

Dass der "Beerdigung am 13. März" bald die Beerdigung des ganzen Putsches folgte, gibt dem Geheimbefehl nur eine humoristische Note.

"Um 12 Uhr nachts wird bekannt, dass sich aufständische Döberitzer Truppenteile in Bewegung gesetzt haben. Die Republik in Gefahr!" So weckte der "Vorwärts" am Sonnabend, den 13. März 1920, seine proletarischen Leser. Der : Generallandschaftsdirektor a.D. <u>Kapp</u>, den Bethmann-Hollweg als "<u>Pirat der öf-</u> fentlichen Meinung" schon lange vorher charakterisiert hatte, und der meineldige General von Luttwitz sind mit 6000 Mann durch das Brandenburger For einmarschiert. Ludendorff geht gerade "zufällig" unter den Linden spazieren, als die Meuterer sich des Regierungsviertels bemächtigen. Die Landsknechte der Brigade Ehrhardt erfreuen sich nur geringer Sympathie bei der Bevölkerung. Aber darauf kam es nicht an, sondern auf den "guten Geist" der Truppe. Wie das aufgefasst wurde, geht aus einer Telegrammverfügung hervor: "Ersuche alle Kommandeure, dafür zu sorgen, dass sie selbst und alle Offiziere und Unteroffiziere dauernd in engster Fühlung mit Mannschaft bleiben. Diesen sind die Nachrichten, welche den Führern zugehn, ungesäumt zur Kenntnis zu bringen. Bei leichtem . Dienst muss eine frisch-fröhliche Stimmung erhalten bleiben. Es ist mit schärfsten Mitteln zu verhindern, dass der gute Geist der Reichswehr von aussen her irgendwie ungünstig beeinflusst wird. Erhöhung der Gebührnisse und andere Vergünstigungen müssen schnell jedem Mann bekannt werden."

Während die Baltikumer in den Strassen von Berlin Stacheldrahtverhaue span nen, spanische Reiter aufstellen, Schützengräben ausheben und sich durch ihre Musikkorps Mut machen lassen, holt das organisierte deutsche Proletariat zu einem Schlage aus, der die Abenteurer mit einem Hieb zu Boden streckt. Zum ersten Male in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung wird ein Generalstreik von solch gigantischem Ausmasse beschlossen. Als der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Legien mit Aufhäuser, dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, die Unterschriften unter den "Aufruf zum Generalstreik" geleistet haben, sind sechs Millionen Ar-

beiter und Angestellte nur darauf bedacht, die Losung ihrer Organisation zu befolgen. "Lasse sich kein denkender Arbeiter, Angestellter und Beamter durch zweifelhafte Versprechungen der Putschregierung betören! Es gilt, alle Kräfte des Volkes zum Widerstand zusammenzufassen. Das Volk wäre nicht wert der Freiheiten und Rechte, die es sich erkämpft hat, wenn es sie nicht bis zum äussersten verteidigen würde. Wir fordern daher alle Arbeiter, Angestellten und Beamten zum einmütigen Protest gegen die Gewaltherrschaft auf, überall in den Generalstreik einzutreten. Alle Betriebe müssen stillgelegt werden..."

Die Wirtschaft hielt den Atem an. Ohne jede Verkehrsmöglichkeit, ohne Fernsprecher, ohne Presse, ohne Post führte die mustergültig disziplinierte Arbeiter- und Angestelltenschaft den Generalstreik zum vollen Siege durch. Kuriere auf Lokomotiven brachten die Order zum Teil unter den schwersten Gefahren ins Land. Zum ersten Male erfüllte sich das Wort in seiner vollsten Bedeutung, das alle Proletarier zu freien, stolzen Menschen macht: "Alle Räder ste-

hen will, wenn dein starker Arm es will!"

Alles klappt vorzüglich, trotz Überraschung durch den Putsch. Nur eines fehlt: die Presse. Den lügenhaften Meldungen der Putschisten gegenüber ist man ohnmächtig. Das lässt Stampfer keine Ruhe. Am Sonntag nach dem Putsch agibt er die Parole aus: "Wir müssen den "Vorwärts" rausbringen!" Aber wie? Der "Vorwärts" ist besetzt. Gas und Elektrizität fehlen. Die Setzer streiken. Guter Rat ist teuer. Da - ein rettender Gedanke. Die Akkumulatoren in der Drukkerei müssen noch so viel Energien haben, dass ein Zeitungsdruck zustande kommt Molkenbuhr, Luickhardt und Pfordtner sind Setzer. Ebert junior ist irgendwo einmal hinter die Geheimnisse der Rotationsmaschine gekommen. Stampfer und Schiff machen die Redaktion. Das schlimmste - die Landsknechtwache vor der Lindenstrasse 3. "Wohin?" - "Vierter Hof links!" - "Kann passieren!" Die Keck-heit hat gesiegt. Die Bajonette sind überwunden. Der Nachtwächter bekommt einen freudigen Schreck, als er die Kolonne in dunkler Märznacht anrücken sieht. Schiff pusselt am Klappenschrank der Telephonzentrale. Schliesslich hat er Verbindung. "Hallo! Hier Berlin! "Vorwärts" - Redaktion! " Er spricht mit Dresden und Stuttgart. Stampfer schreibt unleserliche Manuskripte. Die Setzer schimpfen Aber um 5 Uhr morgens ist die erste Seite umbrochen. Schiff zieht mit einer Reservemater unter dem Rock, für den Fall, dass die Bude hochgeht, ab. Drucker werden geholt. Die fürchten mehr, von der Organisation als Streikbrecher behandelt zu werden, als die Handgranaten der Baltikumer. Schlieslich ist auch das geschafft. Pförtner geht zu den Landsknechten in den Hof und lässt sich Kaffee gegen In der Setzerei wird auf das Wohl der "neuen kegierung" getrunken, die so guten Trunk spendiert. Die Rotationsmaschine macht einen Höllenlärm. Der Hauptmann der Besatzung wird endlich argwöhnisch. Steigt hoch. Liest die Schlag zeile "Vor dem Ende!" Inzwischen sind 15 000 Exemplare über die Alte Jakob; strasse weggeschafft. Ehe der Hauptmann sich versieht, ist alles getürmt. Stampfers Ritt war geglückt. Die Bevölkerung erfuhr, dass der Putsch vor dem Zusammenbruch stand. Norbert Bachrach.

Grosse Münchner Dichterzählung.

SPD. Die "Münchner Neuesten Nachrichten" haben sich die anarchischen Zustände, unter denen die heimische Dichterbranche leidet, nicht mehr länger mit ansehen können und eine Betriebszählung sämtlicher Münchner Dichtereien vorgenommen, oder, wie sie es im besten Zeitungsdeutsch formulieren, "die Namen sich herauszufinden bemüht, unter denen das freie schöngeistige Schaffen zu begreifen ist." – Was zu begreifen ist. Denn es wurde vielerorten schon als Missstand empfunden, dass die mannigfachen Angaben, die hier und dort über die dichterischen Qualitäten dieses und jenes Schriftstellers kursierten, doch

eigentlich einer authentischen Grundlage entbehrten. Da kommen nun also die "Münchener Neuesten" daher und präsentieren eine Liste, die ein für allemal massgeblichen Aufschluss über die Einrangierung der Münchner schöngeistig Schaffenden gibt. Es existieren demnach 151 Menschen in München, die Anspruch auf den Namen Dichter haben. Die "Münchner Neuesten" sind bei dieser Aufstellung ungemein objektiv verfahren. Es hätte beispielsweise zu vermuten gestanden, dass sie gegen die Aufnahme Thomas Manns in ihre Liste ein gesundes Mäss bayerischer Skepsis aufgebracht hätten: denn schliesslich spricht immerhin gegen ihn, dass er ihnen die Mitarbeit und Köhl und Hünefeld die Anerkennung als nationale Heroen verweigert hat, und dass er sich auch sonst keines guten Leumundes in Kreisen erfreut, die dem Hofbräuhaus nahestehen. Aber nichts da von kleinlicher Rachsucht und scheelem Nachtragen: die "Münchener Neuesten Nachrichten" lassen Thomas Mann durchaus als Dichter gelten und verkümmern ihm keineswegs die Ehre seiner alphabetischen Einreihung einige Stationen hinter Gretl Katzenstein und einige vor Josef Schanderl.

Mit Recht wird gesagt, dass es eine derartige Liste bislang noch nicht gebe, und gleichzeitig wird die Erwartung ausgesprochen, dass dieses Listensy-stem sich einbürgere, und dass der Buchhandel und der Münchener Stadtrat gleichermassen die Notwendigkeit einer solchen tabellarischen Fixierung der Inhaber des göttlichen Dichterfunkens einsehen möchten. Bravo! Jawohl! Mit dem Dichten ist das bislang eh ein Kreuz gewesen. Wie oft ist schon gerügt worden, dass die Dichterbranche nicht, wie andere künstlerische Disziplinen, mit Titulaturen aufwarten kann. Es gibt Kammersänger und Generalmusikdirektoren. Kammerdichter und Generalschriftdirektoren gibt es aber keineswegs. Ein Glück, dass es jetzt wenigstens eine Liste gibt, die von sich sagen kann, dass, wer auf ihr nicht steht, auf der schwarzen Liste steht. Arm in Arm mit dem Josef Schanderl und der Gretl Katzenstein fordert München die Zigeunerei der Dichter in die Schranken und nimmt zwecks Durchführung dieses Unterfangens sogar den Thomas Mann in Kauf. Sie werden jetzt alle aufnotiert; es wird endlich System in das Systemlose gebracht, und wenn ein Münchener Stadtrat sich mal im unklaren darüber ist, ob das Buch, das er gelesen hat, Qualitäten besitzt oder nicht so braucht er nur festzustellen, ob der Autor auf der Münchener Dichterliste steht.

Einen Haken hat die Sache allerdings doch: Wie die Dinge nun mal liegen, könnten andere Münchener Zeitungen auf den Einfall kommen, eine Gegenliste aufzustellen. Die vom "Völkischen Beobachter" beispielsweise würde schon wieder eine Kleinigkeit anders aussehen. Thomas Mann würde natürlich unter allen Umständen gestrichen werden, und selbst der Josef Schanderl müsste erst mal seine Militärpapiere einreichen. Am autoritativsten wäre es, wenn die Anerkennung als Dichter vom bayerischen Staate selbst vorgenommen würde. Polizeitliches Führungszeugnis und Steuererklärung sind vorher einzureichen. Ehrenhalt ber könnten auf diese Liste ja dann auch alle jene Installateure, Apotheker, Lokomotivführer gesetzt werden, denen der bayerische Staat laut Beschluss des Staatsgerichtshofes nicht mehr den Titel "Rat" verleihen kann. Drago.

SPD. Sonnenfinsternis und Rundfunkempfang. Im Mai des vorigen Jahres sandte die französische Akademie der Wissenschaften eine besondere Kommissien nach Indochina, die dort während der totalen Sonnenfinsternis physikalische Beobachtungen machen sollte. Der Bericht dieser Kommission wurde in diesen Tagen der Akademie überreicht. Danach wurde u.a. festgestellt, dass während der Sonnenfinsternis die Lautstärke des Kurzwellenempfangs erheblich sank.

Ausserdem kam man zu dem sicheren Ergebnis, dass zwischen den direkten Zeichen und denen des Echo eine Verzögerung von 30 Sekunden zu registrieren war.

Märzlied.

Wir sind im März, und in die linden Lüfte, Die uns nach Dichters Meinung froh und glücklich machen, Da mischen sich so seltsam - hm - na, Düfte; Es riecht nach irgendwelchen oberfaulen Sachen.

Die Frühlingsstimmen flüstern leise Namen Und rosenrote Lieder vom Verschieben, Geschäften, die von Teddy Thälmann kamen, Und dann noch was von Druckereibetrieben.

Der Youngplan hängt nun schon ein ganzes Weilchen, Herr Moldenhauer kaut an Haushaltsbrocken, Die Volkspartei zieht unterdessen's Mäulchen Und übt sich lieb und neckisch mal im bocken.

In Russland hört man Stalin dekretieren:
Der Weg ist falsch, den ihr bisher gegangen!
Und alles kuscht und wird wie stets parieren Und tut's wer nicht, da wird er aufgehangen.

Man fährt "Sechs Tage" auf den Radrennbahnen, Man managt grosse Hungermärsche auf Berlin - -Das heisst: man rief, doch leider, leider kamen Die Massen nicht, um artig mitzuziehn.

Der Frühling naht - lässt Maid- und Jünglingsherzen So seltsam mulmig unterm Busen pochen. Man schwört und glaubt - und kommt aus Frühlingsscherzen Ganz unversehens in die (Sommer-) Wochen! - - -Walter Schirmeier.

SPD. Zeitempfinden der Bienen. Der bekannte Forscher I. Beling hat interesante Versuche mit Bienen angestellt, aus denen sich deutlich ergeben hat, dass diese hoch entwickelten Tierchen mit grosser Sicherheit Zeiten abzuschätzen und abzumessen wissen. Er fütterte seine Pfleglinge nämlich zu ganz bestimmten Tagesstunden, genau nach der Uhr, mit dem ihnen so gut schmeckenden Zuckerwasser. Sie fanden sich zu dieser Fütterung regelmässig ein, und ihr Besuch erfolgte auch dann noch pünktlich, wenn ihnen täglich drei Mahlzeiten in Abständen von wenigstens zwei Stunden vorgesetzt wurden. Der Gelehrte hatte bei seinen Versuchen für eine ganz gleich bleibende Beleuchtung gesorgt, und so konnten die Bienen nicht etwa durch eine wechselnde Tageshelligkeit bei ihren Anflügen geleitet worden sein.

SPD. Ohrenschmaus. ** Der Inder Aham Tuam Bhatatscharia kam nach Berlin. Ohne ein Wort Deutsch zu können. Ging mit knurrendem Magen in ein vornehmes Speiserestaurant. Nahm die Karte und tat so, als ob er sie verstände. Winkte dem Ober und tippte aufs Geratewohl auf irgendeine Stelle der Karte. "Bedaure", sagte der Kellner, "das spielt ja die Musik sowieso gerade..."

Der Leuchtturm.

ű

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt=Verlag, Berlin=Zehlendorf.

13)

SPD. Brenellec nahm die heisse Hand, die sich ihm entgegenstreckte, in seine grobe Hand. Und vor Erhabenheit der Unendlichkeit erhoben die beiden Einfältigen ihre alten unberührten Seelen zu Gott.

Die Nacht war furchtbar in dem Dienstzimmer, in dem Brenellec ein Feldbett aufgeschlagen hatte, denn er konnte weder den Sterbenden noch die Beauf

sichtigung der Lampe in Stich lassen.

Wie auf Grund einer stillschweigenden Uebereinkunft sprachen die Männer nicht vom Tode. Aber der Tod war in all ihren Gedanken. Der Alte hing mit der Ergebenheit und Untätigkeit eines kranken Tieres Träumereien nach in denen seit Verstand sich verlor. Jetzt in Gegenwart des Unbekannten vermochten die christlichen Ueberlieferungen gleich einer zu schwachen Schranke am Rande eines Abegrundes seine Unruhe nicht zu hemmen. Er hatte nur noch einen Gedanken: die Stunde aufschieben, das Schicksal um Geduld bitten, hinauszögern...Bisweilen hob er einen Arm, als wolle er messen, wieviel Kraft ihm noch bliebe. Er erschreckte über das Zittern, das an seinen Beinen entlang heraufstieg, bis zur Brust gelangte, dann bis zum Halse, seine Kiefer ausbakte und bis ins Gehirn drang, das von dem plötzlichen Gedanken an den Tod erschüttert war. Und zum ersten Male öffneten sich seine sonst stets blinzelnden Augen und sahen weit= aufgerissen und starr ins Leere.

Jedesmal, wenn er sich entblösst hatte, deckte Brenellec ihn mütterlich wieder zu. Er achtete darauf, dass die Lampe ihn nicht blendete, gab ihm mit Wundbalsam gemischtes warmes Wasser zu trinken, die einzige Arznei, auf die er in seinem Eifer verfallen war.

"Bei allen Heiligen, da bläst der Wind immer stärker; seufzte Douellou und bewegte seinen Kopf. "Wenn sie nur noch mit vollen Segeln bis beran kommen..."

In der Tat erfüllte einer jener plötzlichen Herbststürme, die Wolken und Kälte mit sich bringen, den Turm mit seinem Klagegeheul. Douellou jammerte in einem fort darüber. Brenellec musste ihn beruhigen. Er selbst jedoch verschwiegene viel wichtigere Befürchtung: "was sollte aus ihnen werden, wenn der Sturm die schwarze Flagge abriss?"

Als am nächsten Morgen die Sonne ins Zimmer drang, stützte sich Douellou auf seine Ellenbogen.

"Mach doch aus!" schalt er. "Die Zeit ist um!"

"Was soll ich ausmachen?" fragte Brenellec überrascht.

"Die Lampe, zum Kuckuck!"

"Was für eine Lampe?"

11

"Bist du aber dumm!...Die Lampe, die da brennt! Hast du denn Sand in den Augen? Da...."

Und er zeigte auf die aufgehende Sonne.

"Kannst wohl nicht? Na,denn muss ich selber gehen...."

Er versuchte aufzustehen, fiel aber so schwer zurück, dass sein Kopf gegen die Wand stiess.

"Mir ist kalt", murmelte er und zog sich immer wieder den Regenmantel herauf, als wolle er ihn auf seiner Brust aufstapeln. Diese Bewegung wurde langsamer. Seine Finger krümmten sich nach und nach. Der auf der Stirn perlende Schweiss rann bis zu den Brauen und fiel dann Tropfen für Tropfen auf die Wangen. Brenellec sah erschüttert, wie dieses armselige Restchen Leben sich wehrete. Endlich liessen die Krämpfe nach. Douellou öffnete in einer instinktiven Anstrengung den Mund ganz weit, um den Atem zu fangen, der ihm fehlte, dann

streckte er sich mit verzerrtem Gesicht....dann brach er zusammen.

Brenellecs erstes Gefühl war der durch das Eintreten seiner Befürchtung. eingetretene Schreck: mit einem Toten allein zu sein. Schnell ging er nach der Alarmflagge sehen, Ein schmaler, schwarzer Streifen flatterte um den Mast. Das: Uebrige war während der Nacht vom Sturm zerrissen worden.... Nun hatte er keine Möglichkeit mehr, mit dem Festland in Verhindung zu treten. Wenn er wenigstens ein Boot mit Rudern zur Verfügung gehabt hätte! Wie weit wäre er dann von dem Turm geflohen, in dem eben sein alter Douellou dem Zauber des Todes erlegen war Diese Krise ging schnell vorüber.

Wenn ein Mann auf hoher See stirbt, so empfinden seine Kameraden zwar einen häufig aufrichtigen und tiefen Schmerz, aber die Pflichten des Alltags verdrängen ihn nur zu rasch; auf dem Kontinent verringert sich die Intensität etwas durch die notwendigen Formalitäten, die sofort erledigt werden müssen. Brennellec war jedoch ohne Ablenkung ganz seiner Erschütterung ausgeliefert, und es schien, als werde diese Qual angesichts der majestätischen Landschaft

noch ernster und schmerzlicher.

Armer Douellou, alter Kamerad! Es war aus.... Ein ganzes Leben lang arbeiter um so zu enden!....und ein langes Leben....Er war fast sechzig Jahre alt geworden, denn sie waren gleichaltrig....Er erinnerte sich deutlich an dieses Leben, das so oft das seine gekreuzthatte: Douellou als Junge barfuss am Strande, Douellou als Schiffsjunge und Matrose; Douellou, der ihm seine ersten Liebes= abenteuer mitteilte, in China verwundet wurde, in die Heimat zurückkam und wieder gesund wurde; Douellou, der sich verheiratete. Vater und Witwer wurde; Douel lou, der seine Söhne nach dem anderen, verlor, Yves in Island, Pierre an der englischen Küste, Yann an Land; und schliesslich Douellou, der ergraut war, ein wenig gebrochen von Kummer und Mühen und gleich sich selbst am Ende seines Menschenwerkes. Die ganze Vergangenheit, die in seiner Erinnerung schlummerte, die bekannten, geliebten und entschwundenen Wesen, die Reihenfolge von Trauerfällen, Merksteine am Wege bis zum Tage, da man selbst ins Grab sinkt, ohne das: die Tränen der Freunde den Zeitpunkt hinausschieben können - all das fühlte Brenellec verwirrt in sich mit jener instinktiven Scheu vor dem Nichts, die al-le Wesen bei der Begegnung mit dem Tode erfasst. Sein von unzähligen Abschieden erschüttertes Herz wurde schwach. Aus seinen Augen traten Tränen und rollten über seine Wangen.

Keine Schwester, keine Frau, keine Tochter, nicht einmal eine Berufsleis:

chenwäscherin war da, um Douellou zum letzten Male anzukleiden.

Brenellec schaffte ihn in das Ingenieurzimmer, wusch ihn, kleidete ihn um, kämmte mit seinen alten ungeschickten Händen Haare und Bart und faltete ihm

die Hände über der Brust.

Wie entsetzlich waren die Pflichten, bei deren Erfüllung er das kalte Fleisch und die leblosen Glieder berühren musste.... Die alte Furcht befiel ihn von neuem. Er war also allein, grauenerregend allein, verlassen, verloren, Und um die Situation, sich mit einem Toten allein zu befinden, noch schreckli= cher zu machen, war Douellou jetzt ganz friedlich. Er schien zu schlafen. Manchmal schien es, als bewege sich seine Brust. Aber nein...seine Finger waren für immer ineinandergelegt, nichts vermochte den Augen unter den geschlossenen Lodern ihre Sehkraft widerzugeben. Aber dieses Gesicht, dieser Kör= per war schon nicht mehr Douellou - es war Materie, die von der Kraft der Zeit entstellt, zersetzt, in geheimnisvolle Substanzen aufgelöst werden würde.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag

136. Sing som 7. März 1930.

SPD. Die 2. Beratung der Younggesetze wird fortgesetzt.

Abg. Frbr. v.Rheinbaben (D.Vp.) berichtet über die Ausschussberatung der Liquidations=Abkommen. Er weist darauf hin,dass durch den Versailler Vertrag die Verhältnisse hinsichtlich Polens anders gestaltet worden seien als hin= sichtlich anderer Länder. Das habe auch das Liquidationsabkommen mit Polen ungünstig beeinflusst. Die auch vom Reichsbankpräsidenten Schacht erwähnten 2½ Milliarden, die Deutschland schon durch die Abtretung deutschen Gebiets an Polen verloren habe, könnten leider bei der Liquidations=Aufrechnung keinen Rolle spielen, weil diese Abtretung eine politisch zwangsläufige Wirkung des Versailler Diktats gewesen sei. Von einem staatsrechtlichen Junctim könne zwar nicht gesprochen werden, aber politische und Zweckmässigkeitsgründe spräschen für eine gleichzeitige Verabschiedung der Liquidationsabkommen mit dem Youngplan. Trotz der schweren Mängel des deutsch=polnischen Liquidationsabkommens liege seine Annahme im Interesse der Ostpolitik und der deutschen Mindersheiten in Polen.

In seiner Eigenschaft als Abgeordneter erklärt der Redner, er werde gerade als schlesischer, ostmärkischer Abgeordneter für das Abkommen stimmen, während ein Teil der volksparteilichen Fraktion sich nicht dazu entschliessen könne. Die Zustimmung zum Liquidationsabkommen bedeute aber keineswegs irgende ein Ost=Locarno, irgendeine freiwillige Anerkennung der Ostgrenze. In dieser Frage werde sich Deutschland immer den Weg zum Haager=Schiedsgericht offen lassen. Der Redner empfiehlt schliesslich eine von den Regierungsparteien eingebrachte Entschliessung, in der unter Hinweis auf die Lage der deutschen Minderheit in Polen die Reichsregierung ersucht wird, alle völkerrechtlich vorgesehenen Mittel zur Anwendung zu bringen, um den Minderheiten Recht und Freiheit zu sichern.

Abg. Dauch (D.Vp.) erklärt, er werde nunmehr als der eigentliche Fraktionsredner der Deutschen Volkspartei zum Youngplan sprechen. In diesem Plan sehe die Volkspartei keine endgültige Liquidation der Kriegsaera: Wir sehen in diesem Plan mit seinen hohen Tributen, die Deutschland im Gegensatz zu Bul= garien, Oesterreich und Ungarn auferlegt sind, noch immer eine Gewalttätig= keit der andern gegen uns, Tatsächlich hat Deutschland längst das gezahlt, was ibm in den Waffenstillstandsbedingungen auferlegt war. Wir haben bisher 34 Milliarden gezahlt, eine ungeheure Leistung. Es handelt sich beim Youngplan garnicht um einen freiwillig abgeschlossenen Vertrag, sondern dieses Abkom= men gründet sich auf den Versailler Vertrag und auf das Londoner Ultimatum, also auf zwei Diktate. Dem Youngplan würden wir nicht zustimmen, wenn er uns nicht wesentliche Erleichterungen gegenüber dem bestehenden Zustand unter dem Dawesplan brächte. Das ist aber zweifellos der Fall. Es ist ausserordentlich bedenklich, durch juristische Tüfteleien dem Youngplan eine Auslegung zu gebem, die unsern Gegnern grössere Rechte einräumt als sie bei objektiver Ausenben wurden. Das ist die Gefahr, die eine gewisse Art der Kritik am Youngplan beraufbeschwört. Dr. Reichert hat seinen Berechnungen garnicht nor= male Verhältnisse zugrunde gelegt. Von den Kritikern wird der grosse Erfolg nicht gewürdigt, der mit der Befreiung des Rheinlandes und mit dem Wegfall :" der ausländischen Kontrollinstanzen erzielt worden ist. Man hätte vielleicht im Interesse einer Revision des Dawesplans den Youngplan ablehnen können;aber das hätte dann schon bei der Pariser Sachverständigen-Konferenz geschehen müssen. Wenn wir jetzt Nein sagen und die Dawes=Revision verlangen, dann wür= den wir die ganze Welt gegen uns auf den Plan rufen. Unter der Vormundschaft

des Dawesplans haben wir unsere Wirtschaftslage nicht richtig erkannt. Die Privatwirtschaft ist verarmt, die Arbeitslosenzahl wächst immer mehr an und die öffentliche Hand sammelt dabei Kapital an durch teure ausländische Anleischen. Da halte ich es mit unserm früheren Kollegen Ledebour, der heute seinen achtzigsten Geburtstag als alter Revolutionär feiert (Beifall) und der einmal sagte: Wenn ich schon Zinsen zahlen muss, dann lieber an den deutschen als an den ausländischen Kapitalisten!

Abg. Stöcker (Kom.) führt aus, dass der Youngplan nur der Bourgeoisie Erleichterungen bringe, aber nicht der Arbeiterschaft. Das Volk müsse vom 6. Jahr
an jährlich 2 bis 2½ Milliarden aufbringen, und da sei ihm der auf heute "kapitalisierte" Wert ganz gleichgültig. Nach neutraler Berrechnung habe Deutschland zunächst 26 Milliarden, nach Professor Brentano 43 Milliarden gezahlt, dazu 9 Milliarden unter dem Dawesplan und die inneren Nach-Kriegskosten -insgesamt: 167 Milliarden und mit den wirklichen Kriegskosten 300 Milliarden. Die
Deutschnationalen hätten kein Recht, über Gewaltfrieden zu klagen, denn im
Krieg hätten sie die gesamten Kriegskosten den anderen auferlegt, ihnen Länder
entrissen und Liquidationen zufügen wollen, wie es nachher Deutschland geschehen sei. Auch Scheidemann, Landsberg, Heilmann usw. hätten im Krieg Annexionen
gefordert. (Zurufe der So. "Und Sie als Kriegsberichterstatter!")

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftspt.): Wir gratulieren den übrigen Regierungsparteien zu der Rolle, die ihnen das Zentrum zuweist. So leicht wird die Einigung über die Sanierung nicht sein. Da ist zunächst der Widerstand der Bayerischen Volkspartei gegen die Biersteuer-Erhöhung. Die Benzolsteuer wird der J.G.
Farbenindustrie enorme Gewinne bringen. (Rufe bei der Wortschaftspartei: "Wo
ist Moldenhauer? Wohl in einer Aufsichtsratssitzung der J.G.Farben!") Die Regierung täuscht noch immer das Volk mit der Verheissung von Steuersenkungen,an
die sie selber nicht glaubt! (lebh.Beifall der Wirtschaftspartei und rechts)
Die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums würde nur grosse Steuererhöhungen auf anderen Gebieten notwendig machen. Der Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Schacht wäre ein sehr bedauerliches aber auch sehr bedeutsames Symptom
für den Ernst unserer Finanzlage. In aller Oeffentlichkeit muss dem Ausland erklärt werden,dass das deutsche Volk die Youngplan-Lasten nicht tragen kann.

Abg. Koch=Weser (Dem.): Unwürdig in höchstem Mass ist die Politik der Deutschnationalen, die Erfüllungspolitik abzulehnen ohne aber zu sagen, was dann geschehen soll. Da ist mir Herr Stöhr noch lieber, (Heiterkeit.—Stöhr: Womit habe ich das verdient?) er bringt Anträge ein, dass die Beschränkung der Reichswehr auf 100 ooo Mann aufgehoben ist u.a.m. Fehlt nur noch der Antrag, zu beschliessen: "Deutschland hat den Krieg gewonnen. (Heiterkeit.—Andauernde Hohnrufe der Natsoz. hören erst nach einem Ordnungsruf für Abg. Graf Revent= low auf.) Der Redner fasst die Verbesserungen, die der Youngplan bringt, dann nochmals zusammen und sagt u.a.! Ich begreife nicht, wie man in Ostpreussen gegen den Polenvertrag sein kann, dessen Ablehnung die einzige Brücke abbrechen würde, die es noch mit dem Reich verbindet. Wenn man Polens Loyalität nicht traut, ist es doch gerade nötig, sich seiner durch einen Vertrag zu sichern.

Abg. Dr. eichert hat den Dawesplan in bezug auf die Priorität der Zinse und Tilgungszahlen für deutsche Auslandsanleihen beim Transfer vor der Reparation und in bezug auf die Devisenzahlungspflicht viel zu günstig hingestellt. Diese Bestimmungen des Dawesplans hatten die Prosselung der deutschen Auslandsanleihen und das Scheitern einer Reichsbahnanleihe zur Folge. Es ist auch nicht richtig, dass die Reichsbahk weniger unabhängig sein wird, als bisher. Die Reichsregierung hat sich im Haag für die volle Aufrechterhaltung dieser Unabhängigkeit eingesetzt und sie ist aufrecht erhalten geblieben. (Abg.Dr.Reichert (Dnat.): Das sind ja nur formale Bestimmungen!) Es ist doch eine starke Vor

deichstag, Blatt 3.

Ć,

eingenommenheit, das zu behaupten. (Beifall der Mehrheit) Der Reichsbankpränis dent ist und bleibt vollkommen unabhängig (Zuruf rechts: Aber nicht von der Reichsregierung). Die Reichsregierung hat nach wie vor nicht den geringsten 🗽 Einfluss auf den Reichsbankpräsidenten. (Widerspruch rechts) Gerade die Vorgänge der letzten Monute haben doch genug deutlich die Unabhängigkeit des Reichsbankpräsidenten erwiesen. Wenn nun der Reichsbankpräsident heute erklärt hat, dass er dem Generalrat sein Rücktrittsgesuch unterbreiten werde, so ist es das gute Recht des Reichsbankpräsidenten, den Zeitpunkt dafür zu wählen. Ich betone, dass auf den Reichsbankpräsidenten von der Reichsregierung nicht der ge= ringste Druck ausgeübt worden ist, seinen Rücktritt zu erklären. Gerade ich, der in den letzten Monaten alle die Verhandlungen mit Herrn Dr. Schacht geführt hat und der ich zu ihm in einem freundschaftlichen Verhältnis stehe, glaube wohl befugt zu sein, diese Erklärung abzugeben. Bis zum letzten Augenblick habe ich den Herrn Reichsbankpräsidenten gebeten, auf seihem Posten zu bleiben, weil ich ibn als eine für diese Aufgabe durchaus geeignete Persönlichkeit angesehen ha-be. Ueber seine politischen Fähigkeiten habe ich mir vielleicht ein etwas anderes Urteil gebildet. (Heiterkeit) Aber irgend ein Druck ist auf ihn von uns nicht ausgeübt worden. Sie wissen, dass Meinungsverschiedenheiten bestehen, und der Reichsbankpräsident die Verantwortung für den Youngplan nicht übernehmen will. Das hat er öffentlich erklärt. Und wenn er daraus seine Konsequenz zieht, so ist das sein gutes Recht, das niemand ihm bestreiten wird. Gewiss wird da= mit der Regierung eine Schwierigkeit bereitet, aber.... (Ruf links: Schacht kehre zurück! - Ruf der Kom.: Da braucht er nicht mehr stempeln gehen.) Diese Schwies rigkeit haben wir voraus gesehen. Obgleich mir Dr. Schacht schon im Haag ge= sagt hat, er werde voraussichtlich zurücktreten, habe ich mich für die Unabhän= gigkeit der Reichsbank eingesetzt, weil ich mir sagte, dass das notwendig ist, auch wenn der Reichsbankpräsident eine sehr unbequeme Persönlichkeit ist und in der Oeffentlichkeit eine politische Rolle spielt, die nach meiner Ueberzeu= gung zu spielen nicht seine Aufgabe ist. (Sehr gut! bei den Soz.) Aus der Erkenntnis, dass er in einen Konflikt kommt zwischen seiner persönlichen Auffassung und der Stellung seines Amtes, hat er die Konsequenz gezogen, zurückzutre= ten. Ich bedauere das, aber er wählt diesen Weg, ohne die Reichsbank zu schädigen. (Ruf rechts: Wer wird sein Nachfolger? Heiterkeit.) Den Nachfolger wählt der Generalrat, und in ihm ist die Reichsregierung nicht vertreten. Was er be= schliessen wird, weiss ich nicht. Ich nehme aber an, dass der Generalrat eine Persönlichkeit aussuchen wird, die eine Gewähr bietet für die gute und sichere Führung der Reichsbank, und die die Reichsbank bei der Internationalen Zahlungs bank vertreten kann. (Zurufe rechts). Es entspricht wohl nicht ganz dem Ernst des Augenblicks, diese. sehr wichtige Frage mit faulen Witzen abzutun; ich schätze das Niveau des Hauses doch höher ein. (Lebhafte Zustimmung.)

÷.,~

Ĭ.,

Auf Zurufe der Kommunisten, das Schacht eine Abfindung von 2½ Millichen Mark bekäme, erklärt der Reichsfinanzminister: Dem Reichsbankpräsidenten ist eine Abfindungssumme in irgend welcher Höhe meines Wissens nicht zugesichert. Der Reichsbankpräsident hat mir mitgeteilt und mich ermächtigt, zu erklären, dass er im Fall eines Rücktritts lediglich eine Pension von 30.000 Mark bekommt. (Rufe der Kom.: Weshalb wird das Reichsbankstatut geheim gehalten?) Wahrlich.

ein Kommunist kann mehr fragen, als zehn Minister beantworten können!

Der Minister spricht dann über die Entwicklung der Kaufkraft des Goldes.

1929 ist zwar eine Preissenkung gegenüber 1928 eingetreten, aber noch lange nicht die 10 % Preissenkung, die nach dem Dawesplan eintreten müssten, um Deutschland ein Pecht auf Senkung seiner Zahlungen zu geben. Die Richtung der wirteschaftlichen Entwicklung lässt nicht erwarten, dass eine Goldindexklausel für Deutschland vorteilhaft wäre. Der Wohlstandsindex des Dawesplans würde Deutschland schädigen, und uns im Jahre 1929 bereits 37½ Millionen gekostet haben. Der Wegfall dieses Wohlstandsindex ist also nicht zu bedauern.

Der Minister wendet sich dann gegen Dr. Bredt (Wirtschaftspartei) und weist dessen Behauptung, dass Versprechen einer Steuersenkung sei Schwindel, entrüstet zurück. Zur Gesundung sei die Sanierung der Finanzen unentbehrlich und die Regierung habe den ernstesten Willen, im Jahre 1931 die Steuersenkung vorzunehmen; was der Wirtschaft zugute kommen und die Arbeitslosigkeit verringern werde.

Abg. Emminger (Bayer. VP.) äussert zahlreiche schwere Bedenken gegen den Youngplan: Die bisher geleisteten Zahlungen werden im neuen Plan gar nicht berücksichtigt, auch die deutsche Leistungsfähigkeit nicht. Wir verkennen gewiss nicht die grosse Bedeutung der Rheinlandbefreiung, aber die rheinische Bevöl= kerung will nicht, dass die Befreiung durch neue Dauerlasten erkauft werde. Beim Liquidationsabkommen hat England den Grundsatz von der Heiligkeit des Privat= eigentums vollständig über Bord geworfen. Geradezu verblüffend genau ist alles das eingetreten, was der alte Ledebour seinerzeit als Folgeneiner Annahme des Londoner Ultimatums prophezeit hat. Die mit Gerechtigkeit und Vernunft unvereinbaren Forderungen beruhen auf der Kriegsschuldlüge, und die Regjerung hätte ihr schon mehr Augenmerk zuwenden sollen. Das in der Erregung des Krieges gesprochene Helfferichwort von dem Bleigewicht der Kriegslasten, das die anderen tragen sollten, sollte man nicht jetzt hier gegeneinander ausspielen, und es ist auch durch die Friedenresolution des Reichstages vom 12.7.1917 korrigiert worden. Die Aussenpoltik der letzten zehn Jahre war grösstenteils zwangsläufig, da Ja zum Youngplan ist auch erzwungen. Der Reichstag hat meistens die Verant= wortung der Regierung überlassen. Reichskanzler Luther hat in Frankfurt erklärt dass wir mit den Rückwirkungen von Locarno betrogen wurden. Schacht soll zur Ablehnung in Paris entschlossen gewesen, zur Zustimmung aber von der Regierung genötigt worden sein. Bei der zweiten Haager Konferenz war die Regierung schon Sklavin ihrer Nachgiebigkeit. Der Redner schliesst, indem er sich der Zentrums= forderung anschliesst: Erst Finanzsanierung dann Youngplan und keine Finanzsanierung zum Nachteil der Länder. Wir werden uns erst nach der Kanzlerrede in der 3. Lesung entscheiden. (Beifall rechts).

Abg. v.Sybel (Chr.nat.Arbgem.): Die Arbeit unserer Sachverständigen in Paris, die von der Reichsregierung ernannt waren, ist schwer geschädigt worden durch die Kritik, an der sich hier auch die grösste Regierungspartei beteilige te. Die Finanzpolitik der letzten Monate ist unleugbar ein grober Schwindel. Erst versprach man der Wirtschaft 700 Millionen Steuersenkung, und jetzt -gewaltige Steuererhöhung. Moldenhauer mag sein Versprechen ernst meinen, aber keine Regierung kann wissen, wie lange sie im Amt bleibt und ob sie den gegebenen Wechsel einlösen kann. Den Polenvertrag will man durchpeitschen,um den Handels= vertrag im einseitigen Interesse der Exportindustrie zu bekommen, der sogar die Einfuhr lebender Schweine gestattet, was der Ruin der ostdeutschen Landwirtschaft wäre, (Rufe rechts: Schweinerei!) Geheimgehalten hat man diesen Ver= trag, um den Reichstag wieder einmal zu übertölpeln; erst durch die sozialde= mokratische Presse hat man den Inhalt erfahren. Wir beantragen Aufschiebung der Erledigung des Polenabkommens bis zum Handelsvertrag.

Abg. Dr. Feder (Natsoz.) zitiert Aeusserungen von Otto Braun und Otto Wels, die an der Aufbringungsmöglichkeit der Reparation zweifelten, ebenso wie Schach und Dr. Vögler, dessen Amtsniederlegung als Sachverständiger bezeichnend war. In diesem Hohen Haus mit dem niedrigen Niveau halte keine Partei den Youngplan für erfüllbar; nur ein Lump verspreche mehr, als er halten könne. (Sehr wahr!rechts) Durch das geniale Eingreifen des Dr. Wirth sei den rachsüchtigen Franzosen das Recht zu neuen Sanktionen gegeben worden.

Die Weiterberatung wird auf Sonnabend 10 Uhr vertagt. Schluss gegen 20

~Uhr.